

# Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 4. Juli 1920  
11. Jahrg. Nummer 152

Erz. mit täglich mit Ausnahme des Sonn- und Festtags. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 M., monatlich 2,60 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 M., unter Druckband 3,00 M. Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Millimeterzeile oder deren Raum 12 M., Vereins- und Werksammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamapreis: Die dreizehnbaltige Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in der Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 12, Reichthor Str. 50, Tel. 500 88.  
Postfach: Breslau 544, Redaktion: Breslau, Reichthor Str. 50, Tel. 259 02. Geschäfts- und Redaktion: Breslau, Reichthor Str. 50, Tel. 259 02. Geschäfts- und Redaktion: Breslau, Reichthor Str. 50, Tel. 259 02. Geschäfts- und Redaktion: Breslau, Reichthor Str. 50, Tel. 259 02.

## SPD.-Landtagsabgeordneter Lang fordert: Aushungerung der Ausgesperrten! Einheitsfront von Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen

Breslau, 3. Juli.

Wie wir gestern kurz berichteten, stand am Montag die Beratung des kommunistischen Antrages auf Unterstützung der schlesischen Textilarbeiter, auf der Tagesordnung. Der Antrag forderte, daß erstens den schlesischen Textilarbeitern für die Zeit der Aussperrung, rückwirkend ab 25. Mai, eine Unterstützung in der Höhe der Erwerbslosenzahlung gezahlt werden soll, und daß dafür vorläufig ein Betrag von 5 Millionen Mark bereitzustellen ist, der auf dem Wege der Umlage von den Textilindustriellen eingetrieben werden sollte.

Genosse Wollweber begründete den kommunistischen Antrag, und schilderte an der Hand des statistischen Materials die ungeheure Notlage, die elenden Hungerlöhne und die schamlose Auspöcherung der Textilproleten. Die Prüfung von 85 Lohnbeurteilen habe ergeben, daß darunter nur fünf Lohnempfänger sind, die steuerpflichtiges Einkommen haben. Von den 85 Arbeitern verdienen 48 weniger als 20 Mark die Woche. 18 sind darunter, die sogar weniger als 15 Mark Wochenlohn beziehen. Nur vier von den 85 Textilproleten verdienen über 30 Mark. Und nicht einer ist darunter, dessen Wochenlohn 40 Mark übersteigt.

Bei solchen Hungerlöhnen sind die Textilarbeiter und Arbeiterinnen nicht in der Lage, sich so zu ernähren, daß sie ihre Arbeitskraft reproduzieren können. Unterernährung, Krankheiten, Wohnungs- und Kinderelend sind die Folgen. Genosse Wollweber forderte die Annahme des Antrages.

In der Diskussion traten zwei schlesische Abgeordnete gegen die Forderungen der hungernden schlesischen Textilarbeiter auf. Der eine war der Korvettenkapitän a. D. Mezenthin von der Deutschen Volkspartei, der im Wahlkreis Breslau gewählt wurde. Als Beauftragter der Unternehmer sang dieser Volksparteiler natürlich das Klagebuch von der Not der Industriellen; er forderte, daß die Regierung bei der Vergabung von Schupo- und Reichswehrbeschaffung die schlesische Textilindustrie mehr berücksichtige und ihr Geschenke in Form von Frachternachlässungen mache. Die Arbeiter seien zwar in Not, aber wenn man ihnen helfen wolle, müsse man den Unternehmern beispringen. Unternehmerlogik!

Noch schamloser war das Auftreten des zweiten schlesischen Landtagsabgeordneten. Es war dies der Sozialdemokrat Joseph Lang, Angehöriger des Textilarbeiterverbandes, der besonders den Langenbielauer Textilarbeitern durch seine frühere Tätigkeit als Geschäftsführer, die er zur Kommunistenbeziehung ausnützte, bekannt ist. Dieser sozialdemokratische Ploppfischer brachte es fertig, nach sechs Wochen Textilarbeiteraussperrung den Antrag unserer Genossen zum Gegenstand verlogener Kommunistenbeziehung zu machen. Er hatte die Stimme, zu behaupten, die Kommunisten seien an dem Textilarbeiterelend mitschuldig, weil sie die Arbeiter vom Eintritt in die Gewerkschaften fernhalten. Die Unorganisierten müsse man jetzt spüren lassen, daß sie keine Beiträge zahlen. Er lehnte den Antrag der kommunistischen Fraktion ab.

Genosse Wollweber rechnete mit diesem sauberen Arbeitervertreter, der viele Tausende schlesischer Textilarbeiter, die nicht organisiert sind, verhungern lassen will, gehörig ab. Er fragte Lang, ob dieser nicht in Konsequenz seiner Auffassung, daß man die Unorganisierten bestrafen müsse, nicht auch die Kinder der Unorganisierten, die doch an der Nichtverbandszugehörigkeit ihrer Eltern unschuldig sind, mit aushungern will.

Zum Schluß kennzeichnete Genosse Wollweber den Schand-schiedspruch, den die Textilarbeiter ablehnen müssen!

Nach dem Schlusswort des Genossen Wollweber wurde der kommunistische Antrag mit allen Stimmen gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Deutschnationale, Volksparteiler und Sozialdemokraten stimmten geschlossen für die Aushungerung der schlesischen Textilarbeiter. Mit der gleichen Mehrheit nahmen sie den Antrag des Volksparteilers Mezenthin, der Hilfe für die Textilbarone in der gekennzeichneten Form forderte, an. Im Plenum des Landtags trieben Sozialdemokraten und Bürgerliche das selbe schändliche Spiel mit den Interessen der Weber und Weberinnen. Die kommunistische Fraktion hatte beantragt, die Abstimmung über das Konfordat, die für Freitag angelegt ist, hinauszuschieben, um den von den Landtagsfraktionen für die Dauer dieser Woche ausgeschlossenen kommunistischen Abgeordneten die Ausübung ihres Stimmrechtes zu ermöglichen und dafür den kommunistischen Antrag auf Unterstützung der Textilarbeiter und die Anträge auf Linderung der Notlage der Umverweigernden in Oberschlesien zu beraten. Auch dieser Antrag wurde, wie bereits gestern gemeldet, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Massen der schlesischen Arbeiterschaft ersehen daraus, wie mit ihren Interessen Schindluder getrieben wird. Nicht das Parla-

ment, nicht die Gewerkschaftsführer, nicht die Regierung hilft den hungernden, seit sechs Wochen ausgesperrten Textilarbeitern.

Sie können sich nur selbst helfen, indem sie unter Führung selbstgewählter Kampfleitungen und der revolutionären Gewerkschaftsopposition mit Unterstützung der SPD. gegen das Unternehmertum, Staat und Gewerkschaftsbürokratie für ihre Tagesforderungen unter Führung der kommunistischen Partei für die Beseitigung der Diktatur der Trustkapitalisten kämpfen.

Breslau, 3. Juli.

Gestern begannen im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen der von Wollweber eingeleiteten Schlichterkammer. Heute, vor Redaktionsschluss, lag noch keine Meldung über das Ergebnis der Verhandlungen vor.

Die Textilarbeiter müssen noch wie vor den schärfsten Kampf gegen die verbindliche Schlichtungspraxis führen. Durch den Spruch der Berliner Schlichterkammer, der die Bedingungen des Schand-schiedspruches vom 15. Juni noch verschlechtert soll, werden die Textilarbeiter um ihre Forderungen betrogen. Aufgabe der Textilarbeiter muß es sein, geschlossen den Kampf gegen Unternehmertum, Staat und Gewerkschaftsbürokratie zu führen.

### Am 1. August — zieht die Bilanz des Weltkrieges

#### Kriegsverluste im imperialistischen Weltkriege 1914-1918

	Tote	Verwundungen
Deutsches Reich .....	1 824 051	4 247 105
Frankreich (weiße Truppen) ...	1 358 872	2 560 000
Frankreich (farbige Truppen) ...	67 000	140 000
England (ohne Kolonien) .....	743 702	1 693 262
England (Kolonien) .....	202 321	428 644
Italien .....	496 921	949 576
Belgien .....	115 000	—
Serbien .....	690 000	—
Vereinigte Staaten von Nordamerika .....	56 618	254 994

Die Gesamtzahl der Toten aller Heere betrug 10 000 000 und die der Verwundeten 20 bis 30 Millionen. Nach den Schätzungen der militärischen Sachverständigen ist diese Zahl eher zu niedrig



als zu hoch bemessen. Im nächsten imperialistischen Kriege, den die internationale Bourgeoisie gemeinsam mit der internationalen Sozialdemokratie fieberhaft vorbereitet, soll es anstatt 10 Millionen Toten 20 Millionen Tote, anstatt 20 Millionen Verwundeten 40 oder 60 Millionen Verwundete oder Krüppel geben.

Die Arbeiter und die Werktätigen, die sich nicht willenlos auf die imperialistische Schlachtbank schleppen lassen wollen, die bereit sind, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu führen, marschieren am 1. August, am Internationalen Roten Tag, gegen das neue Völkergemetzel, für die Verteidigung der Sowjetunion auf-

### Orzejnists Diktatur-Programm

Wer nach den Drohungen Seberings mit dem Paragraphen 48 die Gefahr der sozialfaschistischen Diktatur noch nicht begriffen hat, muß die Rede des preussischen Innenministers Orzejnist, die er auf der Reichsbannerkundgebung in Frankfurt a. M. am 29. Juni hielt, und den offiziellen Leitartikel des „Vorwärts“ vom 30. Juni, „Schutz der Republik“, lesen. Rede und Artikel beleuchten blickartig die politische Situation. Sie bestätigen in allen Punkten die Feststellungen des Weidinger Parteitagess der SPD. über die sozialfaschistische Diktaturpläne der Müller-Sebering-Orzejnist. Es ist von der größten Wichtigkeit, daß die Arbeiter in den Betrieben, daß die breiten Massen der Werktätigen in Stadt und Land nicht nur über die Diktaturpläne der bürgerlich-demokratischen Front aufgeklärt werden, sondern auch die verlogenen demagogischen Argumente zur Begründung dieser Diktatur durchschauen und sofort als elenden Schwindel zurückweisen.

Orzejnist sprach in Frankfurt über die Diktatur. Er machte dabei folgende Entdeckung:

„Die Diktatur ist die Regierungsform der Gewalt. Das Volk, ganz gleich welches, heute nur gefallen läßt, morgen es sich gefallen lassen muß.“

Das ist nicht einfach harmloser Blödsinn. Die „Entdeckung“, daß die Völker sich die Diktatur so lange gefallen lassen, wie sie sich die Diktatur gefallen müssen, ist mit einer ganz bestimmten politischen Absicht verbunden. Das deutsche Volk soll sich die Diktatur der Sozialfaschisten auch gefallen lassen — wie lange, das werden nicht die Massen, sondern die Orzejnist, Sebering, Weis bzw. ihre großbürgerlich-imperialistischen Auftraggeber bestimmen.

Die Magdeburger Diktaturparolen von Weis variiierend erklärte dann Orzejnist:

„Wenn es vorübergehend nicht anders gehen sollte, dann kommt allein nur die Diktatur der organisierten Massen des Volkes in Frage, die in den Gewerkschaften und im Reichsbanner zusammengefaßt sind.“

Auf dem Magdeburger Parteitag sprach Weis von der Diktatur der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, im Reichstag Sebering vom Paragraphen 48, in Frankfurt sprach Orzejnist von der Diktatur der Gewerkschaften und des Reichsbanners. Verschiedene Namen, verschiedene Formulierungen für eine und dieselbe Sache! Für die faschistische Diktatur der Bourgeoisie, ausgeübt von den Sozialfaschisten!

Das sehen die Massenbewußten, selbständig denkenden Arbeiter. Das sehen noch nicht klar die Arbeiter, die noch nicht erkannt haben, welcher Schwindel hinter den sozialdemokratischen Parolen „Kampf gegen die Diktatur von rechts und links“ steckt. Die dringendste, wichtigste Aufgabe der Aufklärung ist daher die Entlarvung dieses demagogischen Betrugsmanövers der SPD.

Zunächst muß man auf den ausgeprochen faschistischen Charakter der Parole „Nur vorübergehende Diktatur“ aufmerksam machen. Unter der Losung der vorübergehenden Diktatur wurde in Polen das weiße Terrorregime der Pilsudski-Diktatur errichtet. Eine nur vorübergehende Diktatur sollte auch die Militärdiktatur Primo de Ribera in Spanien, die Diktatur der weißen Generale in Jugoslawien sein. Genau wie in diesen Fällen wird auch in Deutschland die Lüge von einer nur vorübergehenden Diktatur angewendet, um den Plan eines dauerhaften Diktatur-Regimes zu maskieren. Wie ernst es übrigens den Sozialfaschisten mit ihren Plänen ist, geht auch daraus hervor, daß nicht nur Orzejnist, sondern auch der „Vorwärts“ die „vorübergehende Diktatur“ propagieren. So schreibt der „Vorwärts“ vom 30. Juni:

„Wenn wir bereit sind, unter außerordentlichen Umständen auch zu außerordentlichen Mitteln zu greifen, so deshalb, weil wir die Demokratie schützen oder — im alleräußersten Falle — sie nach einer vorübergehenden Störung wieder herstellen wollen.“

Und nun zum „Kampf gegen die Diktatur von rechts und links“. Der „Vorwärts“ glaubt die Arbeiter mit folgender albernen Perspektive schrecken zu können: Wenn die SPD sich passiv und neutral verhalten würde, würde im Straßentampfen zwischen Faschisten und Kommunisten entschieden werden, wer in Deutschland regieren soll, wobei wahrscheinlich die Faschisten den Sieg davortragen würden. Aber selbst wenn die Kommunisten siegen würden, müßte angesichts ihrer allgemein anerkannten Unfähigkeit ihr Sieg nach wenigen Tagen mit dem totalen Zusammenbruch enden. Dann wäre für die Diktatur von rechts freie Bahn.“ Also: Damit die Faschisten nach einem Sieg der Kommunisten nicht die Macht ergreifen, deshalb muß die Sozialdemokratie mit den sozialfaschistischen Diktaturmethoden die Arbeiterschaft niederschlagen.



Es ist ein Zeichen für die schlimme Lage, in der sich die SPD befindet, daß Stämpfer außer einem derartig abnormen Ammenmärchen nichts anderes zur Begründung der Diktatur von Weis, Seering, Orzeszinski anführen kann.

Die Frage ist eben die: Wie verhalten sich Sozialfaschismus und Faschismus zueinander?

Stämpfer vermahnt sich gegen die Bezeichnung Sozialfaschisten und erklärt, die Sozialdemokraten seien „bewußte und konsequente Antifaschisten“. Er beargwöhnt sehr gut die Gefahr, die für die SPD darin besteht, daß die Entwicklung der SPD zu einer sozialfaschistischen Partei von den Massen erkannt wird.

Sind die Sozialfaschisten „Antifaschisten“? Keineswegs! Was heute in Deutschland vor sich geht, befaßt nur die Einschätzung des Faschismus und der Sozialdemokratie, wie sie das Programm der kommunistischen Internationale gegeben hat.

Der einzige „Gegenstand“, der zwischen dem Faschismus und dem zum Sozialfaschismus sich entwickelnden Reformismus heute besteht, ist der Konkurrenzkampf. Sowohl die Faschisten als die SPD. hielten sich der Bourgeoisie an, die Arbeiterklasse mit Diktaturmethoden niederzuschlagen.

Wegbereiter des Faschismus — so haben wir die Sozialdemokraten bezeichnet, und diese Einschätzung ihrer Rolle wird heute auf Schritt und Tritt bestätigt. Das Verbot des NSD. ist die stärkste Unterstützung, die den Faschisten überhaupt gewährt werden konnte.

Wegbereiter und Bundesgenossen der Faschisten — sie sind es und sie müssen es sein, weil sie im Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat dieselbe Rolle spielen wie die Faschisten!

Selbst die Sprache der Sozialfaschisten, die sich bis jetzt durch den demokratisch-pazifistischen Phrasenschein von der heillosen Faschistenpraxis abhob, paßt sich im raschen Tempo dem faschistischen Kurs der SPD an.

„Die deutsche Arbeiterklasse würde diejenigen, die freudigst auch nur den Versuch machten, ihre politischen Rechte mit Gewalt anzufassen und auf Kosten des Volkes eine Vorherrschaft auszurichten, diesmal wirklich an die Laternenpfähle aufknüpfen und sich von niemandem dabei in den Arm fallen lassen.“

Die dünne Haut der demokratischen Maske des Sozialfaschismus schrumpft immer mehr zusammen. Die Leute, die die proletarische Diktatur zehn Jahre lang mit der verlogenen Parole „gegen jede Diktatur, gegen jede Gewalt“ bekämpften, bekennen sich immer offener zur Diktatur gegen das Proletariat.

Wir haben das arbeitserfindliche sozialpolitische Programm, den Hunger- und Kriegskurs der Koalitionsregierung und ihrer sozialfaschistischen Haupter oft genug aufgezeigt. Worauf es heute ankommt, ist den Millionenmassen in den Betrieben, in Stadt und Land begründlich zu machen: der Diktaturkurs der Sozialdemokratie und die verhasste Aktivität der Faschisten sind zwei Seiten einer und derselben Erscheinung.

Wegen diese drohende Gefahr der faschistischen Diktatur gilt es, die gesamte Arbeiterklasse zu mobilisieren. Unsere Antikriegskampagne steht im Zeichen des Kampfes gegen den Faschismus. Die Antikriegskomitees in den Betrieben müssen gleichzeitig Träger der antifaschistischen Bewegung werden.

Die erste Thronrede nach der Wahl pflegt im englischen Parlament das Programm der neuen Regierung durch den Mund des Königs oder seines Stellvertreters bekanntzugeben. Die Thronrede stellt deshalb ein großes mit besonderer Spannung erwartetes Ereignis dar.

Wie aus Weissen gemeldet wird, hat der sächsische Ministerpräsident Dünger den Führer des sächsischen Landvolkes, Landtagsabgeordneter Schreiber zum Wirtschaftsminister ernannt. Das Ministerium des Innern soll einem Nationalsozialisten übertragen werden.

Der japanische Kaiser hat den Führer des linken Flügels der Kensei-Partei, Yamaguchi, mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Wegern trat im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bissell zum erstenmal der Sachverständigenausschuß zur Begutachtung der Arbeitslosenversicherung zusammen, der die Aufgabe hat, das Gesetz gemäß den Wünschen der Unternehmer noch weiter zu verschärfen.

Wants finden im Mandatgebiet Südwestafrika allgemeine Wahlen statt.

Der französische auswärtige Kammerauschuß hat einstimmig beschlossen, die vorbehaltlose Ratifizierung der Schuldenabkommen mit England und den Vereinigten Staaten abzulehnen.

Nachdem ein Drogist durch die „Wunderkuren“ des Gesundheits- und Seltensführers Weissenberg in Berlin verstorben ist, haben sich die Behörden endlich veranlaßt gesehen, gegen den gemeingefährlichen Heilapostel, dessen Sekte auch in Schlesien viel Unheil angerichtet hat, einzuschreiten.

Englisch-chinesisches Marineabkommen

Die „Vossische Zeitung“ meldet, ist zwischen dem englischen Gesandten in China und der nationalchinesischen Regierung ein Abkommen unterzeichnet worden, wonach England der Regierung eine Mission zur Entwicklung der chinesischen Flotte zur Verfügung stellt und chinesische Seeladetten ihre Ausbildung in England erhalten sollen.

Der Abschluß dieses Abkommens ist ein neuerlicher Beweis dafür, daß die Regierung Thunauers nichts anderes ist, als ein Organ der englischen Imperialisten. Das Seabündnis ist ein neues Glied in der Kette der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion.

Zusammentritt des englischen Parlaments

Die Thronrede enttäuscht sogar die Demokraten. Keine Wahlversprechung der Labour-Partei wird erfüllt. Berlin, 2. Juli.

Heute vormittag trat zum ersten Male nach der englischen Wahl unter Führung der neuen Regierung das Unter- und Oberhaus zusammen, um die Thronrede des Königs entgegenzunehmen.

Die erste Thronrede nach der Wahl pflegt im englischen Parlament das Programm der neuen Regierung durch den Mund des Königs oder seines Stellvertreters bekanntzugeben. Die Thronrede stellt deshalb ein großes mit besonderer Spannung erwartetes Ereignis dar.

Helft den Ausgesperrten Sammelt für die IAN.

„Sehr wahr“, flüsterte da ein protestantischer Demokrat. Ein Kommunist hieß seinen Vordermann, einen Sozialisten, an und da der Sozialist glaubte, einer seiner Fraktionskollegen habe ihn gerade so heimlich aufgefordert, das Wort gegen die kirchenpolitischen Auserwählungen des Prälaten zu ergreifen, deshalb sprach er: „Inmitten der Schicksalsschläge, die unser Land durch den Weltkrieg erleben mußte, müssen wir zum 1. Mai mit noch schlimmeren rechnen, nämlich: es soll da in unserem vergarmten Lande eine päpstliche Amtskammer errichtet werden.“

„Sehr wahr!“ flüsterten die protestantischen Demokraten. Ein kommunistischer Abgeordneter, der sich gerade mit einem seiner Fraktionskollegen unterhielt, erwiderte dem gerade die Worte: „Ganz recht, Vorsicht! Der kann uns am Arsch legen!“ Und da der Prälat die kommunistische Erwiderung gehört hatte und glaubte, sie bezöge sich auf Minet, deshalb betonte er mit Entschiedenheit: „Es scheint mir, als ob gewisse Kreise die Zeit wieder für gekommen erachten, den Klerikalen etwas bieten zu können.“

„Sehr wahr!“ flüsterten die protestantischen Demokraten. Ein kommunistischer Abgeordneter, der sich gerade mit einem seiner Fraktionskollegen unterhielt, erwiderte dem gerade die Worte: „Ganz recht, Vorsicht! Der kann uns am Arsch legen!“ Und da der Prälat die kommunistische Erwiderung gehört hatte und glaubte, sie bezöge sich auf Minet, deshalb betonte er mit Entschiedenheit: „Es scheint mir, als ob gewisse Kreise die Zeit wieder für gekommen erachten, den Klerikalen etwas bieten zu können.“

„Sehr wahr!“ flüsterten die protestantischen Demokraten. Ein kommunistischer Abgeordneter, der sich gerade mit einem seiner Fraktionskollegen unterhielt, erwiderte dem gerade die Worte: „Ganz recht, Vorsicht! Der kann uns am Arsch legen!“ Und da der Prälat die kommunistische Erwiderung gehört hatte und glaubte, sie bezöge sich auf Minet, deshalb betonte er mit Entschiedenheit: „Es scheint mir, als ob gewisse Kreise die Zeit wieder für gekommen erachten, den Klerikalen etwas bieten zu können.“

„Sehr wahr!“ flüsterten die protestantischen Demokraten. Ein kommunistischer Abgeordneter, der sich gerade mit einem seiner Fraktionskollegen unterhielt, erwiderte dem gerade die Worte: „Ganz recht, Vorsicht! Der kann uns am Arsch legen!“ Und da der Prälat die kommunistische Erwiderung gehört hatte und glaubte, sie bezöge sich auf Minet, deshalb betonte er mit Entschiedenheit: „Es scheint mir, als ob gewisse Kreise die Zeit wieder für gekommen erachten, den Klerikalen etwas bieten zu können.“

Ankündigung der Rheinlandsdräumung gegeben, noch gab die Thronrede gatten Aufschluß über die Beziehungen Englands zur Sowjetunion. Wörtlich führte die Thronrede über die Beziehungen zur Sowjetunion folgendes aus: Meine Regierung prüft die Bedingungen, unter denen diplomatische Beziehungen mit der Regierung der Union der Sowjetrepubliken wieder aufgenommen werden können. Also kein Wort davon, daß die Beziehungen zur Sowjetunion aufgenommen werden. Die Regierung wird lediglich prüfen, ob sie aufgenommen werden. Die Thronrede beschäftigt sich ferner mit innerpolitischen Angelegenheiten Englands.

Antimperialistischer Weltkongreß in Frankfurt a. M.

Das internationale Sekretariat der Liga gegen Imperialismus teilt mit, daß der zweite antimperialistische Weltkongreß vom 20. bis 31. Juli 1929 in Frankfurt am Main abgehalten wird. Die Verlegung von Paris nach Frankfurt ist erfolgt auf das dringende Verlangen verschiedener Organisationen und mit Rücksicht auf die technische Durchführung des Kongresses.

Die Verlegung nach Frankfurt a. M. wird sicher dazu beitragen, daß noch zahlreichere Delegierte aus deutschen Arbeiterorganisationen und deutschen Betrieben sich zum Kongreß melden werden.

Alle Anfragen und Anmeldungen zum Kongreß sind zu richten an das Sekretariat Berlin SW 48, Friedrichstraße 24.

Polizei sucht Belastungsmaterial gegen Genossen Hirsch

Berlin, 2. Juli. Gestern erschien eine fünfköpfige Expedition der politischen Polizei in den Redaktionsräumen der „Roten Fahne“ und nahm eine Hausdurchsuchung im Zimmer des inhaftierten Genossen Werner Hirsch vor. Es fiel der Kriminalpolizei lediglich völlig belangloses Material in die Hände. Da für die weitere Inhaftierung des Genossen Hirsch nicht genügend Belastungsmaterial vorliegt, sucht sich die Polizei jetzt auf diese Weise das Material zu beschaffen.

Mord in Reuthen Der Täter verhaftet

Reuthen, 2. Juli. Gestern nachmittag überfiel der Gubenarbeiter Walter Spöttig in Friedrichsstraße 54 mit einem 15 Zentimeter langen Fleischermesser von hinterwärts seine Schwiegermutter, Ulmine Sossinla, ohne daß vorher ein Streit oder Wortwechsel stattgefunden hätte. Die Verletzte ist bald darauf an den erlittenen Stichwunden in ihrer Wohnung, wohin sie geschafft wurde, verstorben. Der Täter ergriff die Flucht, konnte aber bald nachher festgenommen werden und gestand die Tat. Als Grund gibt er an, daß ihm seine Schwiegermutter wegen Arbeitslosigkeit häufig Vorhaltungen gemacht und seine Frau gegen ihn gehetzt habe.

Dunkelkammer-Beratungen über die Arbeitslosenversicherung

Berlin, 2. Juli. Am Dienstag trat im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bissell erstmalig der Sachverständigenausschuß zur Begutachtung der Arbeitslosenversicherung zusammen. Der Minister begrüßte die Erschienenen und legte in großen Zügen die Aufgaben des Ausschusses dar. Darauf behandelte Ministerialdirektor Dr. Wegert in ausführlichem Vortrag die einzelnen Fragen, mit denen sich der Ausschuß zu beschäftigen haben wird. Es wurde beschlossen, die Verhandlungen in strengster Vertraulichkeit zu führen. Zur Vorbereitung des Arbeitsplanes wurde ein Ausschuß von fünf Mitgliedern gebildet.

Die Sekretärin des Prälaten

von Alben Daudistel (Nachdruck verboten)

In dieser Vormittagsstunde fanden die Abgeordneten aller Parteien gruppenweise in der Wandelhalle des Landesparlamentes herum. Die diskutierten. Und sämtliche Minister waren dabei. Und immer und immer wieder ging ein Abgeordneter, von Kengierde bewegt, zu einer anderen Gruppe. Ja, es schien, als habe sich im Landesparlament etwas Remarkabiles, etwas ziemlich Unheilvolles ereignet. Doch die Parlamentarier, die da und dort an den Wänden standen und aufpassten, daß ihnen niemand auf die Füße trat, schauten aus ihrer chronischen Seelenruhe so auf das politische Getriebe ein, daß aus ihren Gesichtern der Schein zu erkennen war: „Ganz schöner Kuhhandel“ heute...

Der Prälat stand inmitten einer Gruppe, die sich aus Sozialisten, aus Royalisten und Demokraten zusammensetzte. Als „Junggähe“ dieser Gruppe lugten ein paar Kommunisten an den Ohren ihrer Vordermänner vorbei ins Gruppeninnere... Der Prälat sagte: „Gegen uns Klerikale planen die Protestanten die Glaubensanhänger der evangelischen Kirche auf, und zwar unter geschickten Ausfällen gegen das Oberhaupt der katholischen Kirche. Es war eben gerade von jenen der protestantischen Royalisten die Rede von dem „Höllensplan des Herrn“ der Protestanten gegen die „überheblichen Machtansprüche“ des Papstes, gegen die Konfessionsanträge...“

Ein Kommunist rief begeistert: „Als die Franzosen ihr Land von den schwarzen Plage überfielen, nahm unser Land den schwarzen Reiche mit Hilfe auf! Jetzt setzen sich die Folgen: unser Land soll nun zu einer stillen Roms ausgebaut werden...“ Ein Sozialist, der sich die weltanschaulichen Gegensätze, die innerhalb der bürgerlichen Parteien bestanden, zunutze machen wollte, sagte: „Ja, hätten wir in unserem Lande statt einer internationalen Heringspartei eine nationale, so wäre die Sache ganz anders...“

Parlament dreister bemerkbar machen als je zuvor kein Parlamentsbeschluss, der auch nur irgendwie die Interessen der Klerikalen unangenehm berühren könnte, wird mehr und mehr kommen können. Rom wird auch das geistige Schaffen unseres Volkes strengs beaufsichtigen! Die Jesuiten werden nicht nur die Schulen, sondern auch die Universitäten unter ihren Einfluß zu bringen wollen! Und wehe den hohen Beamten, die sich so oder so gegen die Klerikale Partei wenden; sie werden fliegen, da Rom besonderes Interesse an der Personalpolitik unseres Landes hat!“ usw.

„Sehr traurig!“, sagte ein Demokrat. Während die Diskussion dieser Gruppe nun heftiger zu werden begann, trat der Innenminister an den Prälaten heran und flüsterte ihm ins Ohr: „Madame Richmond steht schon eine ganze Zeit oben; sie kann nicht hinein...“

„Ach Gott!“, erwiderte der Prälat, „ich habe ja da oben abgeschlossen!“ Er sagte zum Innenminister: „Bleiben Sie hier, und passen Sie auf, was da noch vorgebracht wird...“ Der Prälat eilte nach seinem Büro.

Als er nun endlich wieder bei Madame Richmond anlangte jubelte er, indem er ihr mit beiden Händen die Rechte drückte: „Ach bin ja ganz außer Atem...“ Ja, er heizt vor Erregung hermaßen, daß ihm, da er den Schlüssel ins Schloß stecken wollte, der Schlüsselbund entfiel. Sie lachte darüber; aber sie nidrigerte ihr Betrüger so, daß aus ihm nicht der Spott über die kläglichste Erregung des Prälaten herausklang, sondern die verlogene Naivität, mit der sie geradezu meisterhaft zu kokettieren verstand.

Hätte der Prälat einen aufrichtigen Freund gehabt, der ihn da zur Seite gezogen und ihm eingeleuchtet haben würde: „Es lassen Sie uns Gottes willen das Weib nicht mehr in Ihr Büro“, der Prälat hätte einen solch aufrichtigen Freund glatt abgeköpft; aber nicht etwa aus scheinheiliger Entrüstung, sondern aus der Gier nach der Liebe dieser „Anblick schönen“ und „so nett begabten“ Frau.

(Fortsetzung folgt.)



# Orloff der Fälschung überführt

## Die Vertreter des Auswärtigen Amts im Prozeß — Die Verleumdung der GPU. bricht zusammen! Fälscher Pawlonowski vom Polizeipräsidium und Reichskommissariat mit 650 Mark Monatsgehalt angestellt

(Fig. Ber.) Berlin, 2. Juli.

Am Montag vormittag begann vor dem Erweiterten Schöffengericht unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrates Feldbahn der mit großer Spannung erwartete Prozeß gegen die Dokumentenfälscher Orloff und Pawlonowski. Die angeklagten Dokumentenfälscher werden von den Rechtsanwältinnen Jaffe und Dr. Fuchs verteidigt. Die Anklage weist ihnen vor, sich durch Betrug und Urkundenfälschung widerrechtlich Vermögensvorteile verschafft zu haben. In der Hauptsache dreht es sich bei diesem Prozeß um jene sensationelle Fälschung, die die Angeklagten gegenüber dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker begangen haben. Die beiden verurteilten belanlich diesem amerikanischen Journalisten ein gefälschtes Dokument, aus dem hervorging, daß die amerikanischen Senatoren Borah und Norris mit je hunderttausend Dollar für ihre rußlandfreundliche Haltung bestochen sein sollten.

Unter den Zeugen, die das Gericht geladen hat, befinden sich u. a. der Kriminalkommissar Heller und der Regierungsrat Barthele, die beide jahrelang mit dem Fälscher Orloff zusammengearbeitet haben und genau orientiert waren über die Spitzel- und Fälschermethoden dieses Subjekts. Die Ladung dieser Zeugen zeigt, daß das Gericht sich in dem Prozeß bemühen wird, die Verbindungen der deutschen Behörden zu den Fälschungen Orloffs nach Möglichkeit zu durchleuchten.

Zu Beginn der Verhandlung werden Orloff und Pawlonowski von dem Vorsitzenden über ihr Vorleben vernommen. Da die beiden Angeklagten nur schlecht die deutsche Sprache beherrschen, geschieht dies unter Zuhilfenahme eines russischen Dolmetschers. Pawlonowski berichtet, daß er im März 1917 nach der Kerenski-Revolution dem Stadtkommandanten von Petersburg ausgeteilt gewesen sei, und er rühmt sich u. a., am 5. Juli 1917 den ersten Aufstand der Bolschewiken gegen die Kerenski-Regierung niederschlagen zu haben.

Im Auftrag des weißgardistischen Generals Mannerheim, der Finnland terrorisierte, sei er dann später von Finnland nach Petersburg gereist, um sich in die GPU. einzuschleichen. Dort aber habe man ihn Ende 1918 entbedt und zum Tode verurteilen wollen. Es sei ihm aber gelungen, sich herauszureden und er sei dann von der GPU. nach Charkow geschickt worden. Er habe die Zeit in der Tscheta benutzt, um mehrere Koffer voll Material gegen die Bolschewiken zu sammeln, das er dann nach Warschau habe schaffen lassen. Im Jahre 1922 sei er ihm endlich geflücht, von der GPU. nach Berlin geschickt zu werden. Dort habe er das inzwischen gesammelte Material endlich verwerten können.

Sodann berichtet Orloff über seinen Lebenslauf. Er war bis 1908 Untersuchungsrichter an verschiedenen Gerichten Polens und wurde dann von der russischen Regierung bestimmt als Untersuchungsrichter in Hochverratsangelegenheiten zu fungieren. Während des Krieges war Orloff als Richter beim russischen Generalstab tätig. Gleich nach der proletarischen Revolution in Rußland verstand es Orloff, sich unter einem falschen Namen in die Tscheta einzuschleichen. Dort aber konnte er sich nicht lange halten, da man ihn bald entlarvte. Bevor aber diese Entlarvung endgültig durchgeführt war, um Orloff zu verurteilen, gelang es ihm mit Hilfe des deutschen Konsulats über die Grenze zu kommen. Er trat dann in die Dienste der weißrussischen Armee und war an leitender Stelle im Nachrichtenamt der Frontrevolution tätig.

Nachdem Orloff sich lange über sein Leben und seine Tätigkeit verbreitet hatte, unterbricht ihn der Vorsitzende und führt aus, es läme darauf an, nachzuweisen, ob die Dokumenten, um die es sich hier handelt, gefälscht sind und ob sie mit Bewußtsein, daß sie falsch sind, verkauft wurden. Der Verteidiger Orloffs erklärt, daß Orloff und Pawlonowski seit langem im Dienst der Behörden ständen und darum nicht unflauter gearbeitet haben könnten. Pawlonowski habe sogar ein ständiges Gehalt bekommen.

Sodann wendet sich der Vorsitzende dem Borah-Dokument zu. Der Vorsitzende liest dann das erste dieser Dokumente vor, das von der angeblichen Befestigung der Senatoren Borah und Norris handelt. Dieses Dokument ist ein Brief, der von Beamten der GPU. geschrieben sein soll und in dem Klage darüber geführt wird, daß die amerikanische Verbindung sehr kostspielig sei und nicht gut genug arbeite. Aber da bisher keine bessere Verbindung für Rußland existiere, müsse man noch weiter mit diesen Senatoren arbeiten. Orloff und Pawlonowski bestreiten, gewußt zu haben, daß es sich bei diesem Brief um eine Fälschung gehandelt hat. Orloff gibt an, den Brief von einem handschriftlichen Dokument abgeschrieben zu haben, das ihm einer seiner Agenten gestellt hat. Der Vorsitzende fragt nun Orloff, wie er zu diesem Dokument gekommen sei und wo sich jetzt das Originaldokument befindet. Orloff antwortet, das liege bei der GPU. Der Vorsitzende fragt darauf, wie konnten Sie denn das Dokument erhalten, wenn es jetzt bei der GPU. liegt. Orloff entgegnet darauf zögernd, er habe nur eine Abschrift des Dokuments bekommen, diese Abschrift mit Schreibmaschine abgeschrieben und die Originalabschrift zerrissen.

Orloff behauptet weiter, daß der Name Borah nur durch einen „Dechiffrierungsversuch“ in das Dokument, das an Stelle dieses Namens ursprünglich nur einige Zahlen als Chiffre enthielt, hineingekommen ist.

Orloff: „Ich bin ein großer Spezialist für Chiffreforschung.“ (Heiterkeit.)

Aber er gibt zu, daß er den Vordruck des Dokuments in der Druckerei Schwabe hat drucken lassen.

Staatsanwalt: „Warum haben Sie den Stempel „Komintern“ aufgedrückt, wenn es nur eine „Abschrift“ war?“

Orloff (nach): „Der war doch auch auf dem Original.“ (Lachen im Zuschauerraum.)

Es kommt ein Schreiben Pawlonowskis zur Verlesung, worin er für die Lieferung der drei Dokumente an die Hearst-Presse 3000 Dollar verlangte. Da es wieder zu Unklarheiten in der Uebersetzung kommt, wird nach kurzer Beratung des Gerichts von Wolf als Dolmetscher vereidigt.

Die Verteidigung stellt durch eine Zwischenbemerkung fest, daß die Polizei attennmäßig schon am 2. Februar von einer Verbindung

wischen Orloff und Genossen und dem Vertreter der Hearst-Presse, dem Journalisten Knickerbocker, gewußt habe, trotzdem sie heute behauptet, von Orloff „getäuscht“ worden zu sein.

Nach einer halbstündigen Pause kommt

### der Fall Siebert

Leiter einer Nachrichtenagentur und früherer russischer Offizier, der ebenfalls die deutschen Behörden mit Material versehen hat, zur Verhandlung. Pawlonowski war von 1924/27 Mitarbeiter von Siebert. Er hat dieser Nachrichtenagentur etwa 20 Briefe mit der Unterschrift Trilker geliefert, die sämtlich gefälscht waren. Er behauptet jetzt, daß ein Teil echt, ein Teil gefälscht ist.

### Im Dienste der deutschen Polizei

Vorsitzender (zu P.): „Belomen Sie Geld von Siebert für Ihre Aufträge?“

Pawlonowski: „Ich hatte festes Gehalt.“

Verteidiger Fuchs (bemerkte dazu): „Der Angeklagte Pawlonowski bekam monatlich 200 Mark festes Gehalt vom Polizeipräsidium, die ihm durch den Kriminalkommissar Heller, der sich



Die Angeklagten

(Einzige authentische Aufnahme aus dem Gerichtssaal)

### Entlarvte Kriegspläne

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ hat aus „außenpolitischen Gründen“ die Veröffentlichung der in ihrem Besitz befindlichen Dokumente über die Heimwehrrüstungen eingestellt. Das letzte Dokument, das sie veröffentlichte, enthält Enthüllungen über die allerernstesten Kriegsrüstungen nicht nur der gesamten Heimwehren, sondern auch der österreichischen Regierung. Es ist deshalb verständlich, warum die „Wiener Arbeiterzeitung“ mit den weiteren Dokumenten nicht herausrückt, denn die Sozialdemokratie deckt eben diese Kriegsrüstungen.

Das Dokument, das die „Arbeiter-Zeitung“ jetzt abdruckt, ist eine Anlage zum Protokoll einer Sitzung der Bundesleitung der Heimwehren am 5. und 6. Mai 1927 in Salzburg. In dieser Sitzung wurde festgestellt, daß die Heimwehr, im Falle eines Krieges zwischen Italien und Jugoslawien an der Seite Mussolinis und Hortys in den Krieg eingreifen müsse. Das veröffentlichte Dokument beweist klar, daß die Heimwehren nicht nur zum Bürgerkrieg, sondern auch zum imperialistischen Krieg nach außen rüsteten, daß sie zweitens mit Italien und Ungarn zusammenarbeiten und von diesen Ländern Waffen und Geld erhalten, daß sie drittens an einem Kriege zwischen Italien und Ungarn einerseits und Jugoslawien andererseits an der Stelle Italiens und Ungarns teilnehmen wollen. In diesem Falle haben sie sich verpflichtet, die Grenze gegenüber Italien und Ungarn zu öffnen, zum Durchgang für Truppen freizugeben, aber die Grenze gegen Jugoslawien zu verteidigen. Bereits 1927 verfügte sie über genügend Kriegsmaterial, um 48 Stunden lang die Grenze gegen Jugoslawien zu halten.

Diese Kriegspläne beziehen sich nicht nur auf die Heimwehren, sondern auch auf die österreichische Regierung. Die Heimwehren sind ein Teil des staatlichen Machtapparates, ein Ersatzkörper des österreichischen Bundesheeres. Seit 1927 sind diese Kriegsrüstungen gewaltig fortgeschritten. Österreich arbeitet nicht nur mit Italien und Ungarn, sondern in erster Linie mit Deutschland zusammen. Am 18. Juni fand im Zusammenhang mit den Erklärungen Briand's über österreichische Kriegsrüstungen in Wien eine Konferenz eines hohen Offiziers der deutschen Reichswehr, des Ministers Dougan und höchsten Funktionären des Kriegsministeriums statt. Ferner nahm an der Konferenz der berichtigte Papst aus der Heimwehr teil.

Die Antwort auf diese enthüllten Kriegsrüstungen des Faschismus in Vesterreich, im Verein mit dem deutschen Imperialismus, muß ein machtvoller Kampf sein.

### Die Folge der niedrigen Frauenlöhne

Eine Frau lebt vier Jahre als Mann, um mehr zu verdienen

In der Nähe von Prag hatten Stefan Prjal und Katharina Buni bei einem Gutbesitzer Arbeit angenommen.

Die beiden lebten sehr gut miteinander. Sie wurden häufig von den anderen Arbeitern gefragt, warum sie denn nicht heirateten, da sie sich doch so gut verstanden. Stets gaben Mann wie Frau ausweichende Antworten.

Vor kurzem erkrankte nun Prjal und mußte in ein Prager Krankenhaus eingeliefert werden. Bei dieser Gelegenheit stellte man fest, daß Stefan Prjal eine Frau sei, eine richtige Frau, kein Zwittler.

10 Prozent davon abjog, auf dem Wege über Siebert überbracht wurden. Außerdem erhielt er als festes Gehalt monatlich 450 Mark vom Reichskommissariat für öffentliche Ordnung.

Bei dieser Aussage erschief im ganzen Saal eine ungeheure Bewegung. Ein Pressvertreter schlug spontan auf den Tisch. Der Vorsitzende ist einem Moment sprachlos. Der Vertreter des Auswärtigen Amts erhebt beschwörend die Arme. Endlich findet der Vorsitzende die Sprache wieder.

Vorsitzender (zu Pawlonowski sehr ernst): „Sind Sie recht vorichtig mit solchen Behauptungen. Sie belamen also Geld von Siebert? Wo kam das Geld her?“

Angeklagter Pawlonowski (bestätigt): „Das Geld stammte aus dem Reichskommissariat für öffentliche Ordnung. Im ersten Jahr bekam ich 250 Mark, später wurde es auf meine Bitts auf 450 Mark erhöht.“

Vorsitzender: „Woher wissen Sie, daß das Geld vom Reichskommissariat war?“

Pawlonowski: „Siebert sagte es mir.“

Vorsitzender: „Und wie ist das mit dem Geld vom Polizeipräsidium?“

Pawlonowski: „Kriminalkommissar Heller kam in die Wohnung von Siebert und gab ihm das Geld. Dafür zog sich Siebert 10 Prozent ab.“

Vorsitzender: „Also Siebert hat sich das Geld abgezogen, und nicht Heller? Es ist sehr wichtig, das festzustellen.“

Ein weiterer Brief kommt zur Verlesung, in dem Pawlonowski behauptet, daß er von Siebert 500 Mark erhalten hat. Pawlonowski bestreitet das heute.

Orloff macht gar kein Hehl daraus, daß er die sogenannten Trilker Dokumente (die angeblichen Briefe der GPU.) nie im Original gesehen oder besessen hätte; er habe von einem seiner Agenten eine Abschrift des Originals bekommen, von der er wiederum sich eine Abschrift gemacht habe. Diese versch er, woraus die Abschrift der Fälschung ganz einwandfrei hervorgeht, mit einem selbst fabrikierten Stempel der Kommunistischen Internationale. Früher ist Orloff noch weiter gegangen und hat bei seinen Vernehmungen auf dem Polizeipräsidium sogar zugegeben, daß er die Zahlen in den betreffenden chiffrierten Dokumenten geändert habe, daß der Name „Borah“ herauskommen mußte. Heute, nachdem die Fälschung rechtzeitig entbedt wurde und ihre Urheber selber kompromittiert sind, sucht sich Orloff damit herauszureden, daß er lediglich „Verfälschungen“ habe machen wollen, die bewiesen sollten, daß das Dokument von der GPU. in Moskau gefälscht sei!

Das ist eine neue Behauptung von Orloff, mit der er versucht, seine eigenen Fälschungen zu bedecken.

Die Verhandlung wird auf Mittwochvormittag 1/2 10 Uhr vertagt.

Sie gab an, sich deshalb als Mann ausgegeben zu haben, weil sie nach dem Kollektivvertrag für Männer einen höheren Lohn erhielt als die Frauen. Die Ungerechtigkeit, daß Frauen bei gleicher Arbeitsleistung niedriger entlohnt werden als Männer, zwang also die Frau zu solcher Notwehr.

Die Lehre aus dem Vorfall: Kampf für die Abschaffung von Frauenlöhnen aus den Tarifverträgen.

### Auswechselbare Koalition mit SPD. und Nazis

Schwerin (Medlb.), 29. Juni. Die Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer bürgerlichen Koalitionsregierung zwischen allen bürgerlichen Fraktionen, der nationalen Einheitsliste, der Nationalsozialisten und dem Bauernbund, sind gestern begonnen worden. Da kaum damit zu rechnen ist, daß sich irgendwelche grundsätzlichen Differenzen im Verlauf der Verhandlungen zwischen den Parteien ergeben werden, ist mit der baldigen Bildung einer Bürgerblockregierung zu rechnen. Eine Regierung aus diesen drei Rechtsfraktionen würde die Mehrheit von 26 gegen 25 Stimmen der Abgeordneten der übrigen Parteien haben.

Bezeichnend für die SPD. als auch für die Nationalsozialisten ist die Tatsache, daß hier in Mecklenburg die Nationalsozialisten einen Regierungsbündel mit der Deutschen Volkspartei unter Ausschließung der SPD. bilden, während im Reich die Volkspartei die SPD. als Koalitionspartnerin hat. Ein schlagender Beweis für die Politik der Nationalsozialisten und der SPD. Ministerjessell, gleichgültig mit welcher Parteikombination, das ist das Ziel, vor dem alle anderen Interessen in den Hintergrund gedrängt werden. Und mit Hilfe dieser Ministerjessell Durchführung der reaktionärsten Politik!

### Japans Regierung tritt zurück

Wie wir gestern kurz berichtet haben, ist die japanische Regierung zurückgetreten.

Trotz der blutigen Verfolgung der revolutionären Arbeiterbewegung, trotz der brutalen Handhabung des grausamen Kommunengesetzes, trotz gesteigerter Ausbeutung durch Nationalisierung, Zwangsbeschäftigung usw., war es ihr nicht gelungen, der wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten Herr zu werden. Daran ist die Regierung Tanaka gescheitert.

Zum Anlaß für den Rücktritt nahm Tanaka einen Konflikt mit den Militärbehörden, der durch die Veröffentlichung des Berichts der Untersuchungskommission über den Tod Uchagaholins verursacht wurde.

Uchagaholn fiel einem Komplott der japanischen Militärbehörden im Juni 1928 zum Opfer, die weitere Truppentransporte in die Mandchurien und die Befestigung derselben verlangten, während die Regierung ein solches Vorgehen damals noch für inopportun hielt und ablehnte. Im Bericht wird den Militärbehörden mangelnde Wachsamkeit vorgeworfen.

Run hat auch General Uchagaholn beschlossen, einen amtlichen Bericht über den Tod seines Vaters zu veröffentlichen.



Die Krisenfürsorge in ihrer heutigen Gestalt

Von Paul Roth, Stadtverordneter, Berlin.

Es entnehmen diesen Artikel der Nr. 11 der „Sammlung“.

In der bürgerlichen Presse lobt unter Führung der Arbeitgeberverbände ein heftiger Kampf gegen das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Was die Kommunisten bereits bei der Beratung dieses Gesetzes im Reichstagsplenarium wie in den Ausschüssen vorausgesehen, ist eingetroffen. Die finanzielle Basis der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung war zu schwach, um auch nur dem ersten Ansturm standhalten zu können. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind etwa 400 Millionen Reichsmark Reichszuschüsse erforderlich gewesen. Es ist selbstverständlich, daß trotz Verminderung der Arbeitslosenversicherung die Reichsanstalt nicht in der Lage sein wird aus eigenen Mitteln genügend Reserven anzuhäufen, um die verhältnismäßig engen Ziele, die durch das Gesetz gezogen sind, erfüllen zu können. Die Unternehmerorganisationen versuchen nunmehr die Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu reduzieren. Beispielsweise sollen die sogenannten Saisonarbeitslosen (Bau und Landwirtschaft) vom Bezuge der Unterstützung ausgeschlossen werden und die Leistungen für die übrigen Berufe entsprechend der gezahlten Beiträge gestaffelt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sind nicht abgeneigt, Einschränkungen vorzunehmen, glauben aber die finanzielle Basis durch Erhöhung der Beiträge um 1 Prozent verbreitern zu müssen. Nach dem letzten Bericht der Reichsanstalt würde dabei eine neue Belastung der Arbeitnehmer um 135 Millionen Mark herauskommen.

Durch den § 101 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist Krisenunterstützung in zwei verschiedenen Formen zugelassen. Die erste Form ist für die sogenannten geschützten Berufe gedacht und für diejenigen Berufe, welche durch häufige und langandauernde Arbeitslosigkeit heimgesucht werden. (Metall-, Glas-, Leder-, Holz- und Bekleidungsindustrie und Angestellte sowie Bühnenmitglieder.) Die Angehörigen der bezeichneten Berufe können auf Grund des § 101 in der Krisenunterstützung aufgenommen werden, wenn sie beim Eintritt der Arbeitslosigkeit die Voraussetzungen des § 95 zum Bezuge der Arbeitslosenunterstützung noch nicht erfüllt haben. Dieselben müssen aber mindestens 13 Wochen eine Krankenversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt haben. Als zweite Form der Krisenunterstützung käme die Fortsetzung der Unterstützungszahlung über die im § 99 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes hinaus vorgesehene Bezugsdauer von 26 Wochen in Frage. Nach dem Ministerialerlaß vom 22. 2. 29 sind folgende Berufe von der Krisenunterstützung erfasst: 1. Gärtnerei, 2. Glasindustrie, 3. Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen, 4. Lederindustrie, 5. Holz- und Schnitzstoffgewerbe, 6. Bekleidungsindustrie, 7. Bühnengehörige einschließlich Chorjungen, 8. Angestellte, 9. un- und angelernte Fabrikarbeiter, die seit Jahren in solchen Betrieben tätig sind und längere Zeit mit Angehörigen der oben genannten Berufe gemeinsame Beschäftigung ausgeübt haben. Die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter sowie die Vorsitzenden der Bezirksarbeitsämter haben jedoch innerhalb der grundsätzlich zugelassenen Berufsgruppen für jede Bezirke, Berufe oder Berufsarten, für die nach Lage des Arbeitsmarktes die Krisenunterstützung entbehrt werden kann, das Recht zur Einschränkung. Umgekehrt steht den Vorsitzenden der Landesarbeitsämter das Recht zu, den Personenkreis zu erweitern zu können, und weitere Berufsgruppen zur Krisenunterstützung zuzulassen. So sind auf Grund der Ministerialverordnung vom Präsidenten des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg die Angehörigen der Industrie für Steine, Buchbinder und Kartonnagenarbeiter, Nahrungsmittelgewerbe, Spinnstoffgewerbe, Bierbrauergewerbe, kunstgewerbliche Berufe sowie Theater, Musiker und Schauspieler (Krisen) im Bereich des Bezirkes Berlin-Brandenburg zur Krisenunterstützung zugelassen.

Krisenunterstützung im gesamten Reichsgebiet dürfen Angehörige der Land- und Forstwirtschaft, des Bergbaues, der chemischen Industrie, Zellstoff- und Papierhersteller und des Müllereigewerbes nicht beziehen.

Im allgemeinen soll die Krisenunterstützung Personen unter 21 Jahren nicht gewährt werden. Für die Angehörigen der geschützten Berufe wird die Unterstützungsdauer zunächst auf 39 Wochen festgesetzt. Für Arbeitslose über 40 Jahre kann von den Vorsitzenden der Arbeitsämter die Bezugsdauer auf 52 Wochen verlängert werden. Bis zum 29. Juni d. J. dürfen jedoch Angehörige der oben bezeichneten Berufe nicht ausgeschlossen werden. Es steht zu erwarten, daß die Verlängerung der Verordnung über Bezug der Krisenunterstützung für die nicht geschützten Berufe heftige Kämpfe entzünden werden.

Nach den gegenwärtigen Bestimmungen der Ministerialverordnung sind die Vorsitzenden der Arbeitsämter berechtigt, Arbeitslosen die Krisenunterstützung zu entziehen, wenn begründete Aussicht besteht, es dem Arbeitslosen möglich sein wird, sich innerhalb eines bestimmten Zeitraumes durch eigene Bemühungen Arbeit zu beschaffen. Diese Bestimmung öffnet allen möglichen Schikanen Tür und Tor.

Die Höhe der Krisenunterstützung richtet sich, genau wie bei der Arbeitslosenversicherung, nach der Höhe des Verdienstes, welcher in dem letzten 13 Wochen erreicht wurde. So wird in der Klasse I bei einem Verdienst bis zu 10 Mark eine wöchentliche Unterstützung von 6,40 Mark gewährt; in Klasse II, Verdienst bis 14 Mark = 9,60 Mark mit Zuschlag; in Klasse III, Verdienst bis 18 Mark = 12 Mark mit Zuschlag; in Klasse IV, Verdienst bis 24 Mark = 15,12 Mark mit Zuschlag; in Klasse V, Verdienst bis 30 Mark = 17,56 Mark mit Zuschlag; in Klasse VI, Verdienst bis 36 Mark = 21,45 Mark; in Klasse VII beginnt eine Zusammenziehung der Lohnklassen. So wird die Klasse VII, Verdienst bis 42 Mark, auf Klasse VI reduziert, gleich 21,45 Mark Unterstützung; Klassen VIII u. IX, Verdienst bis 54 Mark, auf Klasse VII, gleich 24,38 Mark; Klassen X und XI, Verd. bis 60 Mark, auf Klasse VIII, gleich 27 Mark Höchstunterstützung einschließlich aller Zuschläge.

Neben dieser Reduzierung der Unterstützungshöhe gegenüber der Arbeitslosenversicherung gibt es in der Krisenfürsorge noch die **Bedürftigkeitsprüfung**. Diese hat sich gegenüber den Methoden des Arbeitslosentommens zu richten und wird nur bei Verwandten in gerader Linie vorgenommen; Berechnungen des Einkommens von Geschwistern untereinander finden nicht mehr statt. Von der Bedürftigkeitsprüfung werden die Leistungen der Schwangerenfürsorge sowie die Unterstützung, die sich der Arbeitslose für den Fall der Arbeitslosigkeit gesichert hat (gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung) nicht erfasst und sind völlig frei. Weiter bleiben 50 Prozent des Einkommens der Angehörigen des Arbeitslosen aus eigener Beschäftigung ohne Anrechnung.

Die Krisenunterstützung in ihrer heutigen Form kann genau wie die Arbeitslosenversicherung in keiner Weise den berechtigten Wünschen der Arbeitnehmer Rechnung tragen. Sie muß vielmehr durch eine Erwerbslosenfürsorge abgelöst werden, die für die Gesamtheit der Arbeitslosigkeit zu zahlen ist. Als Träger für eine solche Fürsorge-reform können nur die Gemeinden in Frage kommen.

Krisenfürsorge abgebaut!

Die neueste Schandtat der Müller-Regierung

Der sozialdemokratische Arbeitsminister Bissell hat durch Erlaß vom 29. Juni neue Bestimmungen über die Krisenfürsorge erlassen. Entgegen den Versprechungen der sozialdemokratischen Presse, die noch in den letzten Tagen laut verkündete, daß man an diesen Dingen nicht rütteln lassen werde, ist Bissell jetzt den Wünschen der Arbeitbourgeoisie dazu übergegangen, die Krisenunterstützungsempfänger noch mehr als bisher dem Hunger zu überantworten. In einem Artikel des Sonntag, „Vorwärts“ begründet Bissell die „Notwendigkeit“ seines Hungererlasses. Er weist darauf hin, daß der Arbeitsmarkt durch die sinkende Erwerbslosenzahl eine Erleichterung erfahren habe, die es den Krisenunterstützungsempfängern möglich mache, „leichter Arbeit zu erhalten“ (!), er singt ein Klage lied über die schwierige Finanzlage des Reiches und erklärt jählich: „Einschränkungen mußten wohl oder übel gemacht werden!“

Wir wollen hier nur kurz die wesentlichsten Verschlechterungen des neuen Bissell-Erlasses hervorheben.

Bissell hat die Dauer der Unterstützung für Krisenunterstützungsempfänger herabgesetzt. Der Neuerlaß bestimmt, daß in Zukunft die Unterstützung grundsätzlich nur bis zur Dauer von 39 Wochen gewährt werden darf!

Der zweite Schlag ist die Einschränkung des Personenkreises, die zur Krisenunterstützung zugelassen werden. Alle Arbeitslosen unter 21 Jahren sind von der Krisenunterstützung ausgeschlossen, da — „die noch jüngeren meist ledigen Arbeitslosen insbesondere in den Sommermonaten leicht eine Beschäftigung finden können!“

Auch bezüglich der Berufe, die zur Krisenunterstützung zugelassen sind, wurden größere Einschränkungen als bisher festgesetzt. Jeder, der die Dinge einigermaßen kennt, weiß außerdem, was es bedeutet, wenn Bissell die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter bevollmächtigt,

für ihren Bezirk zur Vermeidung von Ungleichheiten, die sich aus arbeitsmarktmäßigem Gründen ergeben können. Abrundungen des Personenkreises der zu Unterstützenden vorzunehmen (!), auch sind die Landesarbeitsämter in Zukunft gehalten, darüber zu wachen, ob und in welchem Umfange die Krisenunterstützung innerhalb der zugelassenen Berufsgruppen nach Lage des örtlichen Arbeitsmarktes entbehrt werden kann! — Sie sind ermächtigt, die Unterstützung einzuschränken oder auszuschließen, soweit die Voraussetzungen für eine Zulassung nicht mehr gegeben sind.“

Das sind so einige Kostproben. Wir werden uns, wie gesagt, noch eingehender mit dem Bissellschen Schandergaß befassen. Es gilt, bei Erwerbslosens höchsten Alarm zu schlagen, die ihre teilweise Passivität aufgeben und ihren Kampfwillen gegen den neuen Hungererlaß Bissells kraftvoll zum Ausbruch bringen müssen.

Die Notlage der arbeitslosen Angestellten

Von dem saisonüblichen Rückgang der Massenarbeitslosigkeit werden die Angestellten am wenigsten betroffen. Wie aus dem Ende April von den Landesarbeitsämtern herausgegebenen Berichten hervorgeht, herrscht nach wie vor ein starkes Ueberangebot auf dem Angestelltenmarkt, dem eine nur schwache Nachfrage gegenübersteht. Und während die wichtigsten Kategorien der Arbeitererschaft umfangreiche Lohnkämpfe führen, werden die Angestellten einem starken Lohnbruch ausgesetzt, dem sie unter Leitung des reformistisch verkehrten BDA und unter dem Banner der Dauerarbeitslosigkeit keinen organisierten Widerstand zu bieten wagen.

Aus den Berichten fast sämtlicher Landesarbeitsämter geht die dauernd schlechte Arbeitsmarktlage der Angestellten hervor. So meldet das Landesarbeitsamt Ostpreußen: „In den Angestelltenberufen blieb die Zahl der Arbeitssuchenden gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert hoch.“ Und das Landesarbeitsamt Pommern berichtet: „Die Nachfrage war mäßig. Das Angebot ist weiter gestiegen. Verlangt waren hauptsächlich jüngere, billigere Kräfte.“ Vom Landesarbeitsamt Bayern wird die „unverändert schwierige Vermittlung“ mitgeteilt, während das Landesarbeitsamt Mecklenburg meldet: „In der Berufsgruppe der Kaufmännischen und Büroangestellten herrscht nach wie vor großes Ueberangebot.“ Denselben Ton schlägt das Landesarbeitsamt Schlesien an. „Als weiterhin sehr ungünstig stellt sich im allgemeinen die Arbeitsmarktlage für kaufmännisches und Büropersonal dar.“

In dem Bericht des Landesarbeitsamtes Westfalen heißt es u. a.: „Bei einzelnen Arbeitsämtern war ein starker Anbruch von Abschwächen der Handels- und Berufsschulen und von solchen Angestellten, die nach Beendigung ihrer Lehrzeit zum 1. April 1929 entlassen wurden und deren Stellen neue Lehrlinge antreten, zu verzeichnen.“ Auch das Landesarbeitsamt Schlesien stellte fest: „Die im allgemeinen mangelnde Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes ergab sich besonders aus der Tatsache, daß zu Ostern zahlreiche Entlassungen junger Leute infolge Beendigung ihrer Lehrzeit erfolgten. Trotz intensiver Bemühungen war es nicht möglich, diese stellungslos gewordenen Kräfte sofort wieder in ein neues Arbeitsverhältnis zu vermitteln.“

Aus den beiden letzten Berichten geht hervor, daß in keinem Berufe die Lehrlinge demnach als Lohnbrüder gegenüber den älteren Kollegen ausgespielt und mißbraucht werden wie gerade bei den Angestellten. Es gibt genügend Beispiele, um zu beweisen, daß dies nicht nur im Kleinhandel der Fall ist, sondern daß z. B. auch die Banken sich im stärksten Maße der Lehrlinge bedienen, um die Kosten für geklebte Kräfte zu sparen. Tatsächlich stellt das Landesarbeitsamt Schlesien ausdrücklich fest: „In der einseitigen Bevorzugung jüngerer Kräfte ist eine gewisse Planmäßigkeit unverkennbar, denn immer steht der Arbeitgeber dem Versuch der Vermittlung älterer Angestellten abweisend gegenüber, da zurzeit ein erheblicher Teil der Betriebe aus finanziellen Gründen nicht in der Lage ist, ältere Angestellte, die nach dem Tarifvertrage höher zu bezahlen sind, aufzunehmen, obwohl besonders tüchtige und mit lückenlosen Zeugnissen versehene Angestellte vorgeschlagen wurden.“

Die Unternehmer kümmern sich also recht wenig um die politischen Debatten über den „Schutz der älteren Angestellten“, sondern sie halten sich an die ungelerten, jüngeren und billigeren Angestellten, die sie als Lohnbrüder verwenden. Aus den Berichten der Landesarbeitsämter geht denn auch hervor, daß für die angebotenen Stellen in den meisten Fällen „nur ganz minimale Gehälter“ geboten und selbst die Zahlung der Tarifgehälter als zu hoch abgelehnt wurde. Ebenso weisen die Berichte verschiedener Landesarbeitsämter auf die Folgen der Rationalisierung für die Angestellten hin. Es sind infolge der Rationalisierung im Ruhrgebiet zahlreiche Angestellte entlassen worden, von denen es dann heißt, daß ihre Unterbringung „im Hinblick auf die Rationalisierungsmaßnahmen zurzeit leider außerordentlich schwierig“ sei.

Wenn der Zentralverband der Angestellten angesichts der trostlosen Massenarbeitslosigkeit der Angestellten keinen besseren Rat weiß, wie den Angestellten gutmütig zu empfehlen, sie mögen ihre Kinder einen anderen Beruf ergreifen lassen, dann kann er einem — gelinde gesagt — Isthmus tun. Abgesehen davon, daß dieser Rat in einem demographisch so hoch entwickelten und völlig industrialisierten Lande wie Deutschland ebenso rückständig wie dumm ist, beweist er auch das völlige Unvermögen des BDA, den Kampf der Angestellten gemeinsam mit dem der Arbeiter zu verbinden und zu organisieren. Mit einem faulen pädagogischen Ratschlag und der ewigen Litanei der Notwendigkeit einer hundertprozentigen Organisation ist den Angestellten im Moment nicht geholfen.

Werbt für die Arbeiter-Zeitung

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

Kaffee-Groß-Österreich  
Molkaffee-Fabriken  
Kakao-Werke  
Ludwig L. Teßlauer



Schutzmarke

Eröffnung

unserer neuen Filiale in Breslau:  
Friedrich-Wilhelm-Str. 33  
am Donnerstag, 4. Juli 1929

Kaiser's Filialen in Breslau: Gartenstraße 85 mit Kaffee-Stube. Tel. 23396

- Bohrauer Straße 18
- Frankfurter Straße 111
- Friedrich-Wilhelm-Straße 29
- Gräbschener Straße 24
- Hohenzollernstraße 47/49

- Höfchenstraße 57
- Klosterstraße 23/25
- Matthiasstraße 66
- Matthiasstraße 103
- Michaelisstraße 39/41

- Ohlauer Str. 28. Tel. 217 32
- Ring 57
- Sandstraße 15
- Scheitniger Straße 19
- Viktoriastraße 121

Auf alle unsere Waren 5% RABATT  
Gefüllte Sparbücher können auch gegen Teile von Kaiser's Kaffee-Garnitur eingelöst werden.

Eigene Schokoladen-,  
Pralinen-, Zucker- und  
Backwaren-Fabriken.  
Über 1000 Filialen



KAISER'S  
Kaffee - Garnitur



Achtung, Org- und Pol-Leiter der Stadtteile

Heute Mittwoch 19 1/2 Uhr wichtige Sitzung im Parteisekretariat, Feldstraße 50. Erscheinen aller Genossen ist unbedingte Pflicht.

„Die Roten Blitze“

die Agitatortruppe des kommunistischen Jugendverbandes, spielen am Sonntag, dem 14. Juli, bei dem Gartenfest der „Roten Blitze“ in Breslau.

Vom Johannistfest ins Polizeigefängnis. Ein Seilbahnwärter aus Probsthain, Kreis Goldberg, der von seiner Firma schon drei Jahre mit dem Abholen von Lohngebern beauftragt war, unterließ am 20. Juni die Lohngeber, deren Höhe unbekannt ist, jedoch nach den vorgefundenen Lohnbeuteln mindestens 1258 Mark betragen haben müssen.

Vermißt werden der Hotelbdiener Erwin Mäser, geboren am 20. 1. 1913, Goldene Madegasse 27 a bei den Eltern wohnhaft gewesen. Beschreibung: 1,80 Meter groß, schwächlig, hellblondes Haar, hohe Stirn, blaue Augen.

Kriminelle Wochenstatistik. In der Woche vom 23. bis 29. Juni wurden 44 Personen in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert, darunter wegen Raubes 2, Einbruchdiebstahls 2, einfachen Diebstahls (darunter wegen Taschen, Aden-, Fahrradbstahls) 15, Betruges 2, Körperverletzung 2, Arbeitscheu 11, Groben Unfugs 2, feldbriefflich Gesuchte 2, Schußhaft 6.

Strassenperrungen. Wegen Verlegung von Gasrohren wird die Milchstraße zwischen Pfosten- und Sternstraße von sofort bis 6. Juli für Fahrzeuge aller Art ganzseitig gesperrt.

Arbeiter-Sportfaktell. Nürnberg-Fahrer! Das Jahr für den Sonderzug nach Nürnberg ist bis 5. Juli an Gen. P. Heinemann, Parteisekretariat, Friedrich-Wilhelm-Straße 45, oder Postfachkonto, Nr. 25 811 P. Heinemann einzuzahlen.

Arbeiter-Club- und Kraftfahrerverein. Die Abteilungsabende im Monat Juli sind folgende: 1. Abt.: Dienstag 2. und 16. bei Götz, Klosterstraße 125; 2. Abt.: Freitag 12. und 26. bei Klante, Götzstraße 7; 3. Abt.: Freitag 5. und 19. bei Jeymenfel, Wiesenstraße 12; 4. Abt.: Montag 8. und 22. bei Wiegorel, Barischstraße 6; 5. Abt.: Dienstag 9. und 23. bei Wolf, Hedwigstraße 15; 6. Abt.: Dienstag 2. und 16. bei Kirsch, Steinstraße 155; 7. Abt.: Dienstag 2. und 16. bei Hoffmann, Schönstraße 21; 8. Abt.: Donnerstag 11. und 25. bei Stannel, Neudorfstraße 99; 9. Abt.: Freitag 12. u. 26. bei Matialisel, Frankfurter Straße 187; 10. Abt.: Freitag 12. und 26. bei Witke, Zimpeler Straße 37; 11. Abt. (Breslau-Humfeld): Sonnabend, 27. Lokal Breslauer Straße 30. Jugendabteilung: Donnerstag, 4. und 18. in der Schule Taschenstraße 29-31 (Kanonenhof).

Fußballklub Döbern kommt nach Breslau. Wie die technische Leitung der F.V. mitteilt, ist es gelungen, zum Vereinsportfest der F.V. und dem zehnjährigen Bestehen der Fußball-Abteilung „West“ am 25. August im Stadion den Fußballklub Döbern zu einem Fußballwettkampf zu verpflichten.

FCB. „Südbot 1919“. Freitag 20 Uhr Vollversammlung in der Turnhalle Klettendorf.

FCB. „Dömitz“. Freitag 20 Uhr Vollversammlung im Vereinslokal. Die Sportlerinnensprechung am 3. Juli fällt dafür aus. Sämtliches Vereinsvermögen ist mitzubringen.

FCB. Humfeld. Freitag 19.30 Uhr Vierteljahresversammlung; 19 Uhr erweiterte Vorstandssitzung.

Berichterstattervereinigung. Sonntag 10 Uhr Monatsvollversammlung bei Firla, Jahnstraße.

Mittelschlesien

Chlau. Kommunistenhege auch bei den Landarbeitern. Vor einigen Tagen fand hier eine Kreisversammlung der Landarbeiter statt. Kollege Jelsch gab einen Bericht von der Generalkonferenz in Piel und teilte u. a. mit, daß die Landarbeiter-Delegation vom Reichsbanner feierlich abgelehnt wurde und daß die Kommunisten mit ihren Taktiken gegen die Landarbeiter aufzumarschieren versuchten.

Brieg. Ein schwerer Motorradunfall ereignete sich an der Ecke Ring und Molliker Straße, wo der Automobilwerkstattbesitzer Gnägge mit seinem Auto mit dem Motorrade des Schmiedemeisters Jarosch aus Stoberau zusammenprallte.

Neumarkt. Wieder ein Jugendselftmord. Nach einem Streit mit seinem Bruder erschloß sich der 21jährige Josef Wagner.

Mehrmals haben wir schon darauf hingewiesen, welche katastrophalen Folgen die neuen Zölle für den Haushalt der Werktätigen haben werden. Wir haben gezeigt, daß die neuen Zölle die Preise gerade der wichtigsten Lebensmittel in die Höhe treiben.

Welche Preise werden noch steigen? Vor allem die Butterpreise. Schon jetzt wird in den meisten Arbeiterhaushalten Margarine auf Brot gestrichen an Stelle von Butter.

Um wieviel wird die Butter teurer werden? Um mindestens 15 Prozent. Das heißt also, daß ein Stück Butter, das man bis jetzt für 1 Mark kaufen konnte, ab 10. Juli ungefähr 1,15 Mark kosten wird.

Ähnliche Kunststücke will man mit den Milch- und Käsepreisen anstellen. Die Regierung plant die gleichen Zollerhöhungen für Milch und für alle Milchprodukte.

Durch diese Zölle will man verhindern, daß Holland, Dänemark und die Schweiz billigere Waren nach Deutschland liefern. Man erhöht die ausländischen Waren durch Zölle, die inländischen Waren natürlich gleich mit, und ist dadurch des doppelten Profites fähig.

Am vergangenen Sonnabend fanden erneut Verhandlungen über den Neuaufschluß des Lohntarifs für die städtischen Arbeiter statt. Die Interessen des Magistrats nahm eine Kommission wahr, an deren Spitze der „Linke“ Sozialdemokrat Schramm steht.

3 Pfennig Lohnerhöhung mit einer Gültigkeit des Tarifes bis Dezember 1930. Zu weiteren Zugeständnissen war Schramm unter keinen Umständen bereit.

Bei den weiteren Verhandlungen schlug die Magistratskommission „schweren Herzens“ schließlich vor, bei einer Lohnerhöhung von 3 Pfennig die Gültigkeit des Tarifs „nur“ bis Oktober 1930 festzulegen.

5 Pfennig Lohnerhöhung ab sofort, 2 weitere Pfennige ab Frühjahr 1930. Gültigkeit des neuen Tarifs bis Oktober 1930.

Magistrat provoziert Gemeindearbeiter

Der „Linke“ Sozialdemokrat Schramm bietet 3 Pfennige mit Geltung bis Dezember 1930 an — Gewerkschaftssekretär Blant läßt die 10-Pfennig-Mindestforderung der Arbeiter fallen

Durch dieses Angebot geben Blant und die übrigen reformistischen Bürokraten des Breslauer Gemeindearbeiterverbandes offen zu, daß sie von vornherein nicht daran gedacht haben, einen Kampf um die von den Verbandsfunktionären aufgestellte Forderung zu kämpfen.

Die Zeiten, in denen der Ausrufer die Waren des Kaufmanns anpries, sind lange vorbei. Der Zusammenstoß des Handelskapitals in großen Warenhaus-Konzernen hat neue, moderne Formen der Reklame herausgebildet.

Die Zeiten, in denen der Ausrufer die Waren des Kaufmanns anpries, sind lange vorbei. Der Zusammenstoß des Handelskapitals in großen Warenhaus-Konzernen hat neue, moderne Formen der Reklame herausgebildet.

(Schluß des reaktionellen Teils.)

Die Preisherabsetzungen, die auch in diesem Saison-Ausverkauf das Schuhhaus Klausner vorgenommen hat, sind wieder so bedeutend, daß der Laie keine Erklärung dafür weiß.

Bevölkerung gehabt, und ihnen das billige ausländische Getreidefleisch gelassen. Weit gefehlt.

Man hat für die Monate August bis November die Einfuhr von Rindfleisch und Wildfleisch gänzlich verboten. Man denke nur einen Augenblick lang nach über den Silberflut, der sich in diesen Bestimmungen ausdrückt.

Die Folgen dieses Einfuhrverbots sind ungeheuer. Es fällt jetzt auch die geringste Konkurrenz zwischen deutschen und ausländischen Fleischpreisen weg.

Nichts hindert die deutschen Agrarier mehr daran, die Fleisch- und Wurstpreise ins Ungemessene zu steigern.

Und das werden sie — nach bekannter Methode — auch kräftig tun. Ueber weitere Preiserhöhungen und über die Folgen, die diese Preiserhöhungen für die Werktätigen haben werden — darüber werden wir noch berichten.

Arbeiter, Arbeiterfrauen! Hiergegen müßt ihr euch zur Wehr setzen! Kämpft für bessere Lebensbedingungen; wehrt die geplanten Verschlechterungen ab.

Mit dem „Reklameflieger“ über der Stadt

Die Piloten, die in den letzten Tagen die Stadt überflogen, sind nicht nur die Reklameflieger, sondern auch die Reklameballons, die in den letzten Tagen die Stadt überflogen.

Die Forderung der Gemeindearbeiter kann nur im Kampf durchgesetzt werden. Bildet in den Betrieben die Einheitsfront gegen Magistrat und Gewerkschaftsbroskratie!

Für die Reise

Wanderungen und das Wochenende unerlässlich Chlorodont-Zahnpaste und die baugedrige Chlorodont-Zahnbürste mit besonderem Borstentypus zur Beseitigung festsitzender Speisereste in den Zahnräumen und zum Beseitigen der Zähne.

Chlorodont-Zahnpaste von bester Qualität, für Erwachsene 1,25 Mk., für Kinder 70 Pf., in allen Apotheken, Drogerien, Lebensmittelgeschäften und in allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.

Tausende davon überzeugt sind, bei Klausner auch jetzt die größte Auswahl guter und ungewöhnlich billiger Schuhe zu finden.



# Waldenburger Bergland

## Wiekner gibt fingierten Vertrag zu

In dem Prozeß vor dem Berliner Schöffengericht gegen den Berliner Bankier Theodor Rathle, bei dem es sich um die Waldenburger Anleihe handelte, trat am zweiten Verhandlungstage der Oberbürgermeister Dr. Wiekner als Zeuge auf. Er wehrte sich gegen den Vorwurf, daß Rathle mit seiner Einwilligung auf die 2,8 Millionen Frankfurter Kommunalobligationen, die er der Stadt Waldenburg mit 1,8 Millionen Mark lombardiert hatte, einen Ueberlombard von 200 000 Mark für eigene Geschäfte ausgenommen hätte. Erst als die Stadt beim ersten Termin ihre Zinsen nicht zahlen konnte und auf die hinterlegten Wertpapiere noch einmal Geld aufnehmen wollte, erfuhr sie, daß Rathle bereits den größten Ueberlombard für sich ausgenommen hatte. Als der Finanzausschuß der Stadt Rathle den Auftrag gab, die Papiere zu verkaufen, wußte der Oberbürgermeister nicht, daß Rathle die Papiere schon längst verkauft und das Geld in seine eigenen Geschäfte gesteckt hatte. Als er dies erfuhr, schloß er mit dem Bankier einen Vertrag, wonach dieser der Stadt 700 000 Mark schuldet. Kurze Zeit darauf war es aber dem Oberbürgermeister peinlich, daß der Bankier Rathle als Schuldner der Stadt austrat, und da er außerdem fürchtete, sein Geld nicht wiederzubekommen, entschloß er sich zu einem fingierten Vertrage mit dem Angestellten. In diesem stand, daß die Obligationen noch existierten, und so war es möglich, daß Rathle weiterhin von der Stadt Waldenburg Nachschüsse und Zinsätze bezog. Wiekner bezeichnete diese Fiktion als eine Stützaktion, mit der Rathle zahlungsfähig gemacht werden sollte, damit Waldenburg sein Geld wieder bekäme.

## Zodessturz in den Schacht

Auf der Glüchilf-Friedenshoffnung-Grube ereignete sich ein schwerer Unfall. Der Schlepper Wittner aus Gottesberg stürzte bei dem Versuch, einen Wagen anzuhaken, in einen offen stehenden Schacht. Er blieb mit zerstückelten Gliedern liegen und wurde von einigen nachfolgenden Kohlenwagen erschlagen.

## Oberes Revier

### Maiorgänge im Sichtbild

Am Donnerstag, dem 4. Juli, abends 8 Uhr, findet in Gottesberg im Hotel „Südau“ ein Sichtbildvortrag über die blutigen Maiorgänge in Berlin statt. Arbeiter, Arbeiterinnen, erscheinen zahlreich!

## Schweidnitz

### Schwerer Raubüberfall auf einen Amtsvorsteher

Am Dienstag früh, zwischen 1 und 2 Uhr, wurde auf den Amtsvorsteher Siegemund aus Wierichau ein schwerer Raubüberfall verübt. Der Amtsvorsteher war mit dem 1,36 Uhr in Creifau ein-

treffenden Zuge von Schweidnitz gekommen, wo er bei der Kreisparasalle 2800 Mark abgehoben hatte. Mit dem Amtsvorsteher stieg ein Mann aus, der denselben Weg einschlug. Am Creifauer Waldchen warf er dem Ahnungslosen plötzlich eine Schlinge über die Arme und fesselte ihn, worauf er ihm die Brieftasche mit dem Geld raubte. Der freche Straßenräuber wurde aber schon um 6 Uhr früh vom Oberlandjäger Thentlicher aus Leutmannsdorf verhaftet. Von dem geraubten Gelde konnten ihm 2800 Mark abgenommen werden. Es handelt sich um den Monteur Gottfried Heiling aus Essen, zurzeit in Wärbau.

**Todessturz eines Kraftfahrers.** In Groß-Merzdorf fand man hinter der Bahnüberführung den Obsthändler Fickert aus Kropel neben seinem Motorrad, mit dem er geföhrt sein muß, schwerverletzt auf. Er ist seinen schweren Verletzungen erlegen.

## Freiburg

### Wieder einmal nationalsozialistischer Nummel

A. K. Was die Ausbeuter alles für Sammel-, Gebenk- und Trauergebeten haben! Am vorigen Freitag war wieder so ein, na, Trauergebeten. Da kamen die ganzen Wehrverbände und Kameraden (bei den Arbeitern genannt Klempner-Adenvereine) amarschiert. Auch der Stahlhelm durfte nicht fehlen, und er kam in langem Zuge, genau gezählt 36 Mann. Früher sah man mehr Arbeiter im Stahlhelm, jetzt kann man nur noch wenige beobachten. Arbeiter, laßt nicht nach mit der Aufklärungsarbeit. Jeder Arbeiter gehört in die Reihen der Roten Front der Kommunistischen Partei!

### Auf Arbeiterfang

A. K. So wie alle anderen Parteien und Klubsvereine auf Arbeiterfang ausgehen, so will auch die Deutsche Volkspartei nicht zurückstehen. Auch sie will wieder auf Arbeiterfang gehen. Diese Partei hatte eine Versammlung anberaumt mit dem Thema: „Deutsche Not.“ Arbeiter, denkt ihr vielleicht, daß eure Not gemeint ist? Nein, sie meinen die „Not“ der Junker und Schloßbarone. Proleten, laßt euch nicht durch die schönen Themen belämmern!

## Siriegau

### Krieg dem Kriege!

A. K. Noch lange sind die Bunden vom letzten Völkergemein nicht geheilt, und schon versucht der Kreiskriegerverband neue Bunden zu schlagen. Er rief auf 28. Juni zu einer Protestkundgebung „Gegen die Kriegsschuldlinge“ auf. Als Redner hatte man sich den Pastor Hanaske ausserkoren. Das, was Hanaske ausgesprochen hat, war die alte Balge, nämlich daß Deutschland nicht Angreifer, sondern Verteidiger war. Sein Nationalgefühl vergaß ganz und gar, daß der Krieg weiter nichts war als ein Kampf um neue Absatzgebiete. Die Protestkundgebung war eine Heße zum neuen Kriege. Daß sich gerade zu dieser Sache Pastoren hergeben, wundert

# Niederschlesien

## Görlitz

### Dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes gemeldet

### Eine Entschließung der Görlitzer Arbeitsamtsangestellten

Uns geht folgende schon vor einiger Zeit angenommene Entschließung zu: „Die in der Betriebsversammlung im „Volkshaus“ Gönlich versammelten Kollegen bzw. Angestellten des Arbeitsamtes Görlitz fassen hiermit folgende Entschließung:

In Anbetracht der noch zu bewältigenden Arbeitslast und der noch immer auf beachtlicher Höhe stehenden Erwerbslosenziffer müssen die letzterfolgenden Kündigungen unverzüglich und ungerechtfertigt erscheinen. Es wird dem Betriebsrat das dringliche Ersuchen unterbreitet, dafür Sorge zu tragen, daß sich das Landesarbeitsamt Breslau aus eigener Anschauung hiervon überzeugen. Weiterhin wird dem Betriebsrat zur Pflicht gemacht, darauf zu achten, daß unbillige Härten bei den Kündigungen vermieden werden, um so mehr, damit im Interesse eines geregelten Betriebes, der die Ueberlastung der Angestellten und ungerechtfertigten Angriffe der Unternehmungskommissionen und Angehörigen schützt, eine korrekte Arbeitsschichtung gesichert ist. Ein derartig stetiger Personalwechsel wie im letzten Jahr ist auch geeignet, das in weiten Kreisen der Öffentlichkeit bestehende Mißtrauen gegen die Arbeitsämter zu verstärken.“

## Lauban

Ein Jahr Zuchthaus wegen Meineides. Vor dem Schwurgericht war die am 6. November 1901 in Althadt bei Stritz geborene Frieda Fiedler wegen Meineides angeklagt. Sie wurde beschuldigt, am 25. Mai 1925 vor dem Amtsgericht in Lauban wissentlich ein falsches Zeugnis mit dem Eid bekräftigt zu haben. Die Aussage, die falsch sein sollte, bezog sich auf einen Unterhaltungsprozeß. Die Angeklagte hatte angegeben, daß ihr Vater damals im Krankenhaus in Lauban gelegen habe. Sie wollte den Kranken vor den Folgen einer wahren Aussage verschonen. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Fenschel beantragte die Mindeststrafe wegen Meineides, nämlich ein Jahr Zuchthaus. Mit Rücksicht auf das Geständnis und die Persönlichkeit der Angeklagten sei ein Gnabengeuch auf Umwandlung in eine Gefängnisstrafe zu bekräftigen. Die Angeklagte wurde auch wegen Meineides zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Das Schwurgericht hat beschlossen, die Angeklagte der Gnadeninstanz mit der Bitte zu empfehlen, die Zuchthausstrafe, auf die erkannt werden mußte, in eine Gefängnisstrafe umzuwandeln und die Strafe zu ermäßigen.

## Sagan

### Textilunternehmer lobt Gewerkschaftsangehörige

Der Besitzer der Wollweberei in Eisenberg, der Jubilant Rathe, erhebt die Einführung der Zwölfstundenarbeit. Um möglichst schnell zu diesem Ziele zu kommen, schlägt er den richtigen Weg ein: Er nicht alles für die SPD. und hebt gegen die Kommunistische Partei! Um die „Deutsche Wirtschaft“ wieder hochzubringen, genügen nach seiner Meinung die zwölfstündige Arbeitszeit und der Eintritt in die SPD. Er setzt also keine ganze Hoffnung auf die SPD, besonders da er mit sozialdemokratischen Führern nur „gute Erfahrungen“ gemacht hat. Im Gespräch mit einem Arbeiter erklärte er, daß er mit dem Textilarbeiterleiter Rieger aus Sagan bei Verhandlungen in seinem Betriebe immer ganz gut auskommen sei. Textilarbeiter, verzicht dieses Lob aus Unternehmerrunde nicht!

## Goldberg

Die Dummen werden nicht alle. In der Bailstraße ließ sich eine Frau von Zigeunerinnen die Karten legen. Diese verstanden es, bei dieser Gelegenheit 30 Mark zu nehmen und zu entkommen.

## Liegnitz

### Ein deutscher Prügelheld als Arbeitgeber!

A. K. Vor einigen Tagen schlug der Filialleiter Road, der die Niederlage der „Gorkauer Bierhalle“ in der Zimmerstraße leitete, den Arbeitsburischen Erich Baujchke. Herr Road glaubte, ein Recht zum Schlagen für sich in Anspruch nehmen zu dürfen, da der Arbeitsburische angeblich nicht schnell genug arbeitet. Dieser Arbeitsburische muß täglich von 6 1/2 Uhr bis 20 Uhr schuften. Dafür bekommt er einen Wochenlohn von 6 Mark. Herr Road, der angeblich angeheitert war, versüßte sich zu folgender Aeußerung: „Die Arbeitslosen müßten alle an die Wand gestellt und erschossen werden. Es hat schon Arbeit, die wollen bloß nicht arbeiten. Wenn bloß der Faschismus, wie in Italien, auch bei uns bald herrsche!“ Arbeiter, nun habt ihr es gehört, wohin die Reise gehen soll. Hungerlöhne und obendrein noch Prügel, ist euer Los, wenn die Burischen vom Schläge des Herrn Roads die Macht ergreifen würden. Die Liegnitzer Arbeiter werden so lange wenig Appetit auf die Getränke dieser Firma haben, als dieser Prügelheld noch dort ist.

### Zwei Jahre Zuchthaus um zehn Taschentücher

In der Nacht zum 25. Mai saßen ein Beamter der Bach- und Schließgesellschaft und ein Gastwirt zwei junge Leute vom Bahnhof her durch die Klosterstraße kommen. Plötzlich hörten sie es Mirren. Als sie hinzueilten, entdeckten sie, daß eine Schauspielerische an dem Volk- und Kurzwarengeschäft E. Kalpe eingeschlagen worden war. Sie verdeckten sich und sahen, wie ein Mann herzuellte, zehn Taschentücher aus der Auslage nahm und sie einsteckte. Hierauf wurde er festgenommen. Er bekräftigt, die Scheibe eingeschlagen zu haben. Es handelte sich um den 31jährigen Ernst L. Er erhielt vom Schöffengericht wegen schweren Diebstahls im Rückfall zwei Jahre Zuchthaus. Der mitangeklagte Bäder Arthur J. wurde freigesprochen.

## Glogau

### Auf der Stufenleiter angelangt

Wie uns berichtet wird, ist unser ehemaliger Aushilfsgewerkschaftssekretär Jablonki Angestellter in Dels geworden im Baugewerksbund. Daß er ein Postenjäger war, ist jedem Glogauer Arbeiter klar. Schon in Glogau trachtete er danach, als er die Aushilfe machte. Da ihm das nicht gelang, wurde er immer nachlässiger, bis die Wunde gänzlich zugemacht werden mußte. Selbst sozialdemokratische Funktionäre schütteln mit dem Kopf über diese Entscheidung. Wir wollen keinen Musterbetrieb, die Firma Hoffmeister, etwas näher beleuchten, da Jablonki dort Betriebsratsvorsitzender war. Nur eine Kostprobe. Mit seiner Zustimmung wurde es möglich gemacht, daß vor Arbeitsanfang die Sirene fünf Minuten früher heulte, zu dieser Zeit mußte sich jeder an der Arbeitsstelle befinden. Beim zweiten Heulen der Sirene bewegte sich alles wie am Schnurhaken. So geht es auch vor und nach jeder Pause. Den Delfer Arbeitern rufen wir zu: Nehmt Jablonki scharf unter die Lippe!

**Schweres Motorradunglück.** Der Rentner Karl D o t h wurde von einem Motorrad angefahren und zu Boden geschleudert. Er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung.

Arbeiter nicht. Arbeiter, Genossen! Raub aus der Kirche, hinein in die SPD! Kampf dem drohenden imperialistischen Kriege!

## Kurzarbeit in der Steinindustrie

Die Firma H. Seidel, Gräben, hat bekanntgegeben, daß ab nächster Woche verkürzt gearbeitet wird. Die Arbeitszeit soll vier Tage betragen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Kurzarbeit die Stilllegung folgen wird. Arbeiter, kämpft für den Sozialismus! Kapitalismus bedeutet für euch Hunger und Entbehrungen!

## Landeshut

### Sie lügen, weil ihnen die politischen Argumente fehlen

In Liebau verbreiten die rechten Liquidatoren das Gerücht, daß die „Arbeiter-Zeitung“ ihr Erscheinen eingestellt habe und der „Kämpfer gegen den Kommunismus“ ihr Nachfolger sei. Trotz dieser Lügen ist es den Liquidatoren natürlich nicht möglich, Leser für ihre Blättchen zu gewinnen. Unsere alten Leser halten treu zu uns, und der Leserkreis der „Arbeiter-Zeitung“ wird sich trotz aller Lügen weiter ausdehnen.

### Die sozialdemokratische Pleite beim Sporttag in Liebau

A. K. Die Arbeiter-Sportvereine veranstalteten am 28. Juni ein Arbeiter-Sportfest. Wir bemerken folgendes: Die Beteiligung am Festausmarsch war einigermaßen zufriedenstellend, auch die Leistungen der einzelnen Sportgruppen war hervorragend, so daß am Platz eine ziemlich große Zuschauermenge sich angesammelt hatte, die den gebotenen Darbietungen große Aufmerksamkeit schenkte. Wir möchten trotzdem einige Fehler feststellen: Es mußte beobachtet werden, daß der Festzug unter Vorantritt der Reichsbanner-Kämpfermusik marschierte. Es fehlte auch nicht die Fahnengruppe. Der Einmarsch wurde abends um 6,30 Uhr angetreten, daran beteiligte sich nur die Knäppelmusik, und dann kamen sage und schreibe wie im Gänsemarsch etwa 25 Personen. Als der Zug sich der Stadt näherte, ergriff die Fahnenbegleitung der SA die Flucht, so daß der Fahnenträger allein übrig blieb. Wir wurden uns, daß der Berichterstatter der „Dreiwacht“ darüber nichts gebracht hat.

### Liebauer Erwerbslose, heraus!

Am Donnerstag, dem 4. Juli, findet im Gewerkschaftshaus, nachmittags 6 Uhr, eine große öffentliche Erwerbslosenversammlung statt. Pflicht eines jeden Erwerbslosen ist, diese Versammlung zu besuchen. Die Tagesordnung lautet: 1. Stellungnahme zur Krisenunterstützung. 2. Stellungnahme zum geplanten Abbau der Erwerbslosenunterstützung. 3. Stellungnahme zur Pflichtarbeit. 4. Verliches. 5. Verschiedenes. — Ein Referent des Landesauschusses ist in dieser Versammlung anwesend. Der Ausschuß.

## Briefkasten

Freiburg. Rein, von den Vizepräsidenten im Preussischen Landtag gehört keiner der Kommunistischen Partei an.

## Aus dem Riesengebirge

### Schmiedeberger Merkel

A. K. „Das Deutsche Reich ist eine Republik“, so heißt der erste Satz der Weimarer Verfassung. Dessenungeachtet bekommen wir diese Woche ein Theater-Gaßspiel, in dem eine „königliche Hofschauspielerin“ die Hauptrolle spielt. Jamosh, so heißt's zu lesen im Inzerat des Schmiedeberger „Sprechers“. Diese Tatsache wird den erst „republikanischen“ Berichterstatter und Theaterkritiker trotzdem nicht abhalten, sich die fünf Pfennig pro Zeile zu verdienen. Ob „königlich“ oder republikanisch, was schadet das, Geld stinkt nicht. Weil wir nun ein Stück Vergangenheit lebend in der Gegenwart zu sehen bekommen, möchten wir gleich nicht vergessen, daran zu erinnern, daß wir ja auch noch eine „Königlich priv. Apotheke“ in Schmiedeberg haben. Wer das nicht glaubt, lese das „Schilf am Eingang oder laufe sich irgenbtwas, da steht's auf jedem Etikett. Wir schlagen vor, bei der Verfassungsfeier die Apotheke im vollen „Königsschmud“ zu dekorieren, und nicht vom Rathaus aus, sondern von der „Königlich priv. Apotheke“ aus unsere glorreichste aller Republikanten der Welt hochleben zu lassen. „Frei Heul!“

Dem Besitzer der Porzellanfabrik, Herrn Kauscher, sehr „beliebt“ bei seinen Arbeitern, weil er so gute Löhne zahlt, und dem der Betriebsrat eine Klage nach der anderen anhängen muß, verbrannte dieser Tage auf der Fahrt eines seiner Autos. Wie wir hören, will die Belegschaft durch eine Sammlung den Schaden decken, damit der Betrieb nicht durch den Verlust zum Stillstand kommt. Herr Kauscher will sich auch erkenntlich zeigen, und will seinerseits die Akkordpreise herunterdrücken.

Zu dem Streik auf der Bergfreiheit-Grube erfahren wir, daß das Arbeitsamt in Hirschberg von der Bergverwaltung benachrichtigt wurde, daß die Grube stillgelegt wird und die Belegschaft somit dem Arbeitsamt zur Verfügung steht. Wir kommen auf die Angelegenheit noch zurück.

Paul Löbe, der Hausnecht der Bourgeoisie im Reichstag, und das Paradepon der SPD in Schlesien, kommt in allerhöchster eigener Person als Protektor anlässlich der „Reinberrepublik“ nach hier. Wir sehen schon die Honoratioren im „Bratenrod“, Fünfliterkopf, und mit Blumensträußen bewaffnet, ihre „Honneurs“ machen, denn im Büdingemachen haben manche was gelernt nach dem Motto: „Jeder ist sich selbst der Nächste!“

## Versammlungskalender

### Parteiveranstaltungen

**Breslau**  
— Stadteil Centrum: Mittwoch, 19 Uhr, Parteimitgliederbesprechung bei Arnold, Malergasse.  
— Stadteil Süd: Donnerstag, bündlich 20 Uhr, Funktionärsbesprechung bei Berger, Ede, Neudorfstraße.  
— Stadteil Centrum: Freitag, um 20 Uhr, Mitgliederbesprechung bei Arnold, Malergasse 26. Thema: Taktik und der Weg unserer Partei.

### Kommunistischer Jugendklub

**Breslau**  
— Stadteil Süd: Mittwoch um 20 Uhr Mitgliederbesprechung bei Berger, Ede, Neudorfstraße. Geld und Bücher mitbringen.  
— Stadteil Nord: Heimabend am Donnerstag bei Rudiger, Kreuzbierstraße 56. Nicht Mittwoch!

### Streik

Donnerstag, um 19,30 Uhr, Mitgliederbesprechung bei Wendt, „Stadt Breslau“.

### Roter Frauen- und Mädchenbund

**Breslau**  
— Alle Mitwirkenden an der Veranstaltung zum Gaudireffen kommen am Donnerstag, bündlich um 19,30 Uhr, zur Probe, Freiburger Straße. Rollen mitbringen.  
— Gorka, Donnerstag, um 20 Uhr, Mitgliederbesprechung in den „Unlon-Bierstuben“, Langenstraße.  
— Gottesberg, Freitag, bündlich um 18,30 Uhr, Mitgliederbesprechung im „Schützenhaus“.

### Sonstige Organisationen

**Breslau**  
— rote Hilfe Süd: Mittwoch, 19,30 Uhr, Mitgliederbesprechung bei Funf, Postenstraße.  
— rote Hilfe, Stadteil Centrum: Mittwoch, 20 Uhr, Mitgliederbesprechung bei Arnold, Malergasse 26. Alle Mitglieder haben mit ordnungsgemäß gefüllten Büchern zu erscheinen.  
— Arbeiter-Kab- und Kraftfahrer-Heute Breslau, Kauschfahrer, Donnerstag, 6 Uhr bei Böhler, Johannstraße.



# Oberschlesien

## SPD. lehnt brutal Anträge für die Hilfsbedürftigen ab

SPD. gegen eigenen Antrag, gegen Ermäßigung des Schulgelbes — Zentrum gegen Schulbesitz bei den Volksschulen

Die Stellung des Zentrums und der Sozialdemokratie bei den Sitzberatungen in Glatz, und zwar bei den Abschlüssen der Wohlfahrtsverwaltung und der Bildungverwaltung, war schändlich und diktiert von dem Zentrum, dem Etat auf Kosten der Bevölkerung auszubalancieren bzw. das Defizit herunterzubringen. Ob die im Etat angelegten Beträge ausreichend sein werden, oder nicht, das war nicht ihre Sorge. Es galt, diesen Hungeretat mit noch weiteren Verschlechterungen unter Dach zu bringen, was dem Magistrat auch mit Hilfe der SPD gelang. Der vom Bürgermeister Franz eingeführte arbeiterfeindliche Etat wurde von seinen politischen Freunden, den Sozialdemokraten, auf das Festigste verteidigt. Zum gesamten Etat brachte die SPD, drei bis vier Änderungsanträge, die sie zum Teil wieder zurückgezogen hat.

Vor Eintritt in die Beratung des Abschnitts Wohlfahrtsverwaltung beantragte das Zentrum die Verschärfung der Besetzung. Der Antrag fand den schärfsten Widerspruch durch die Kommunisten, Bürgerblock und SPD. trafen darauf die Vereinbarung, zum wichtigsten Teil des Etats nicht das Wort zu ergreifen. Es sprachen nur die Gewerkschaften und die Arbeiter, die in rechtlicher Hinsicht die Sozialpolitik des Magistrats, die von den bürgerlichen Parteien, mit Einschluß der Panzerkreuzerfraktion, gekämpft wird, unterstützen, und die die kommunistischen Anträge auf wesentliche Erhöhung der im Etat eingelegten Mittel begründeten. Die Erhöhung der Mittel für Ortsarme, Klein- und Sozialrentner wurde brutal abgelehnt.

Die Sozialdemokraten stimmten gegen ihren eigenen Antrag auf Erhöhung der Unterstützungssätze. Ein solch schändliches Spiel treibt man mit den Opfern der bürger-

lich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die kommunistische Fraktion stellte unter anderem den Antrag, 80 000 Mark in den Etat zu legen, und zwar als Zuschlagsschuldungen zu den Unterhaltungen der Krankenpflege. Diesen Antrag lehnte man auch ab. Der SPD. mußte der Antrag recht unangenehm gewesen sein, weil das „Vollblättchen“ versuchte, den Sinn des Beschlusses zu fälschen. Man verblödete sich so weit, indem man schrieb, daß die Kommunisten die leeren Kassen der Hilfsbedürftigen füllen wollten. Nicht dumm schätzte der Chefredakteur Polz die „Vollblättchen“-Defer ein.

Verbesserungsanträge auf den Gebieten der Tuberkulosenfürsorge, der Kindererschulung, der Koststandsfragen und der Pflege der Blinden, nicht einmal für die Erhöhung der Pflegegelder für Sieche waren diese „Vollblättchen“ zu haben. Die Auswirkungen des Wohlfahrtsplans werden katastrophal sein. Das Verhalten von SPD. und Zentrum änderte sich auch nicht bei dem Abschnitt Bildungverwaltung. Das Zentrum ging in verschiedenen Punkten noch weiter wie die Regierung. Es beantragte, 25 000 Mark bei den Schulunterhaltungskosten für Volksschulen zu streichen. Ausgerechnet bei den Schulen, die die Kinder der Arbeiter besuchen. Sogar vom Zentrum kritisierte die hohen Mittel für Jugendpflege. Er wollte lieber die Gelder für kirchliche Zwecke und somit zur geistigen Verbannung der Jugend verwendet wissen. Der kommunistische Antrag auf Ermäßigung des Schulgelbes wurde abgelehnt. Ferner Verbesserungsanträge bei dem Titel, Vorkurs für arme Kinder, Schülerwanderungen usw. Der Antrag auf Streichung von 47 000 Mark als Zuschlag für das Theater wurde auch abgelehnt. Die Kommunisten forderten die Verwendung dieser Mittel für soziale Zwecke.

### Gleiwitz

#### Wohnungen zwei Jahre leer

Behtausend Wohnungslose warten schon jahrelang auf die Zuweisung einer Wohnung. Die Wohnungsverhältnisse von Gleiwitz sind mit die schlechtesten der „Deutschen Republik“. Trotzdem werden, man möchte es nicht für möglich halten, den Wohnungslosen vom Magistrat leerstehende Wohnungen jahrelang vorenthalten. In der städtischen Gärtnerei im Wilhelmspark steht eine schöne Zweifamilienwohnung schon seit zwei Jahren leer. Diese Wohnung wurde für einen angustellenden Gärtner vom Magistrat reserviert. Dieser Posten wurde aber nicht besetzt. Der Magistrat ließ darum auch die Wohnung freistehen. Auf der Oberwallstraße, neben dem Arbeitsamt, steht gleichfalls

seit einem Jahre eine ganze Etage leer, die für die Baupolizei bestimmt ist.

Diese Wohnungshinterziehungen kommen einzig und allein auf das Konto des Magistrats. Scheinbar existiert für diesen keine Wohnungsnot. Wir verlangen, daß das Wohnungsamt sofort eine Beschwerde gegen den Magistrat an den Regierungspräsidenten erlächte. Ferner, daß diese leerstehenden Wohnungen sofort an langjährige Wohnungslose vergeben werden.

### Hindenburg

#### Wieder ein Jugendselfmord

Nachts warf sich der 17jährige Paul Hudzik in selbstmörderischer Absicht vor einen Zug. Der eine Arm wurde ihm abgefahren, der andere so schwer verletzt, daß er abgenommen werden mußte. Der Unglückliche liegt bestimmungslos in erstem Zustande darnieder.

### Beuthen

#### Bauten in Beuthen

Der Kinderhort an der Rakofstraße ist bereits fertiggestellt und seit einigen Tagen bezogen worden. — Die Neubauten der zwei Turnhallen in der Langestraße und Kurfürstenstraße werden noch im Laufe dieses Sommers fertiggestellt werden. — In kürzester Zeit wird mit dem Baublock von 44 Wohnungen in der Bergstraße und dem Garagenbau gleichfalls in der Bergstraße begonnen werden. — Die Ausschreibung für den Baublock von 18 Wohnungen in der Dymosstraße ist bereits vorgenommen worden. — Ferner werden die Unterlagen vorbereitet für einen Baublock von 80 Wohnungen Ecke Stora- und Lüderstraße. — Die Maurer-, Beton- und Eisenbetonarbeiten für das Stadthaus sind gleichfalls ausgeführt worden. — In allernächster Zeit wird der Bau der Volksschule im nördlichen Stadtteil, Ecke Gutenberg-, Aufschallstraße, in Angriff genommen werden. — Der Schlahtschiffbau schreitet weiter fort.

### Mitkutschütz

#### Gegen Pfaffenwirtschaft

A. R. Sonntag fand hier auf dem Marktplatz eine öffentliche Versammlung der Freidenker statt. Mehr als 1000 Personen besuchten diese. Der außerordentlich gute Besuch ist auf die Propaganda des Mitkutschützer Pfarrers zurückzuführen. Der Pfarrer verbot nämlich, von der Kanzel herab, die Versammlung der Freidenker zu besuchen. Als Referent war der ehemalige Priester Wapert erschienen. Seine Ausführungen über das Kontordat und die Religion wurden gut aufgenommen und werden so manchem die Augen geöffnet haben. Anschließend sprach der Genosse Gregarek, der die Frage der Kirchensteuern behandelte. Er führte aus, daß der große gelbgerote Magen der Kirche selbst Steuern verlangt von Leuten, die längst mit der Kirche gebrochen haben. Die Kirchensteuern fließen dann in die Taschen des Kirchenvorstandes. Diese Ausführungen lösten unter den Versammelten große Empörung aus. Mit dem Beschlusse der Versammlung zur SPD. und zur Freidenkerbewegung wurde die einen vollen Erfolg darstellende Versammlung geschlossen.

### Neustadt

#### Die ZWS. hilft

A. R. Um die Not der ausgesperrten Textilarbeiter zu lindern, hat auch in Neustadt die ZWS. eingegriffen und den Allerbedürftigsten Lebensmittelpakete verabfolgt. Zu diesem Zwecke wurden die in Betracht kommenden ausgesperrten in ein Lokal bestellt, wobei der Genosse Stadtrat Böttel an die Anwesenden eine Ansprache hielt, in der er auf die Bedeutung, Zweck und Ziele der ZWS. hinwies. Zur Verteilung gelangten eine größere Anzahl Pakete, die von den ausgesperrten freudig in Empfang genommen wurden. Wie uns

die Bezirksleitung der ZWS. zugesichert hat, soll in der nächsten Zeit diese Hilfsaktion fortgesetzt werden. Um die bedürftigsten Ausgesperrten herauszufinden, hatten sich unsere Genossen an die christlichen und freien Gewerkschaften gewandt. Während die christlichen Gewerkschaften sofort dazu bereit waren und uns in jeder Hinsicht unterstützten, hat das Betriebsratsmitglied der freien Gewerkschaft, S. L. S. in Abwesenheit des Gewerkschaftssekretärs, erst die Christlichen angefragt, wie diese es machen wollten. Daraufhin haben einige Funktionäre der freien Gewerkschaft sich der Mühe unterzogen und uns die Namen der Bedürftigsten zugestellt. Hieraus kann man ersehen, daß gewissen Leuten diese Hilfsaktion nicht annehmbar war.

### Polizei überfällt Schmalweien-Kapelle

In unserem Gesamtbericht über die Aufmärsche des ober-schlesischen Proletariats am Sonntag schreibt uns noch ein Arbeiter über den Aufmarsch in Neustadt: Anlässlich der von der SPD. einberufenen Kundgebung gegen den „Friedensvertrag“ konzentrierte der Herr S. L. S. genehmigte „Arbeiter-Musik-Vererein“. Bislang wurde die Kapelle von circa fünfzehn Polizeibeamten umzingelt und eine Anzahl Instrumente gewaltsam geraubt. Der Kriminalbeamte K. K. meinte es sogar, den Revolver zu ziehen, als ein Mitglied sein Instrument nicht gleich hergeben wollte. Am



# Unglaublich

sagt die kleine Lieselotte, nachdem sie mit ihrer Mutti bei uns zum Einkauf war.

Kommen auch Sie sich bitte selbst einmal überzeugen. Wir haben keinerlei Rücklicht genommen und unsere Preise für den

## Sommer-Ausverkauf

bis zum Äußersten herabgesetzt. Die Ermäßigungen gehen teilweise sogar bis zu 50 Prozent.

Auf reguläre Preise geben wir 10 Prozent Rabatt. Nur unsere bekannt guten Qualitäten kommen zum Verkauf.

## Riesige Auswahl!

# J. Mankor

Kupferschmiedestraße 42

**Genossen!** Berücksichtigt beim Einkauf von Waren nur unsere Inserenten!

meisten hervorgeraten hat sich der Leiter der hier stationierten Landes- und Grenzpolizei, Krämer, der der Regisseur des ganzen Uberschlesien zu sein scheint. Beim Verbot des SPD. gelang es diesen „führigen“ Stützen der Republik nur ein Instrument zu erwischen. Anschließend wollten sie nun diese Schluppe auswerfen. Wie groß wird ihre Enttäuschung sein, wenn sie erfahren, daß die Instrumente Eigentum einer hiesigen Musikantenbande sind. Das Befahren dieser Herren war demnach brutal und rücksichtslos, daß die hochgebrängte Menschenmenge voller Entrüstung war. Nur der guten Disziplin der Organisation ist es zu verdanken, daß Blutvergießen vermieden wurde.

### Zwillinge Raiffe

Vor dem Dubowischen Gasthaus in Kranowitz führte der 27jährige Klempnermeister Fritz Glanz mit seinem Motorrad. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach einer Viertelstunde verstarb.

### Kreuzburg

#### Ausbeutung von Lehrlinginnen

A. R. Eine Ausbeutungshölle für Lehrlinginnen ist der Betrieb der „Ober-Schneidmesterin“ Fräulein K. K. Diese beschäftigt eine größere Anzahl Lehrlinginnen. Die Lehrlinginnen müssen sogar an den Feiertagen arbeiten. In der Regel müssen die Lehrlinginnen bis 9 Uhr abends arbeiten. Schimpfwörter und sogar auch Schläge bekommen die Lehrlinginnen zu hören. Zum Heizen der Bügelisen müssen die Lehrlinginnen von der Wägrube Kohlenstücke zusammenklauden, das Fräulein „Ober-Schneidmesterin“ legt aber einen schönen Tag. Die Ausbeutung und Behandlung der Lehrlinginnen bei diesem Fräulein „Ober-Schneidmesterin“ ist wirklich schandhaft. Wir verlangen, daß sich einmal der Gewerbeamt um die Ausbildung der Lehrlinginnen in diesem Betrieb etwas kümmert.

### Oppeln

#### Auf nach Wildgrund

Sonntag, den 7. Juli, veranstaltet die Internationale Arbeiterhilfe, Ortsgruppe Oppeln, einen Ausflug nach Wildgrund. Der Fahrpreis beträgt 2,50 Mark Hin und Zurück. Die Abfahrt erfolgt um 8 Uhr früh vom alten Schützenhaus, mit einem neuen Schnellzugswagen. Auswärtige Ortsgruppen, die mit der Bahn ankommen, werden von Neustadt abgeholt. Teilnehmer können sich noch bei den Funktionären der ZWS. sowie im Eisenbahner-Echo-Büro melden. Der Fahrpreis ist gleich bei der Anmeldung zu entrichten. Der Vorstand.

#### Zeichen vorbringender Idiotie

Die Deutschnationalen scheinen sich hier zur Hauptaufgabe die Vergapfung von Idiotismus gestellt zu haben. Nach der Tirade ihres Prominenten Dr. K. K. gegen sein Stellbildein vor dem Gericht, wegen seiner Fleisch-Deje, zeteren diese Heiden über Zeichen des vorbringenden Potentums. Die vor kurzem irrlich über Ober-schlesien kreisenden polnischen Flieger und das Verlangen nach einer polnischen Theateraufführung sind den Deutschnationalen Anlaß dazu. Das ist natürlich Idiotie. Damit denken diese Brüder aber Kapital zu schlagen, indem sie das zur Werbung für ihre Zeitung mit dem mageren Vogel ausnutzen. Arbeiter, laßt euch nicht föhren, weßt die vorbringende deutschnationale Idiotie zurück.

#### Selbstmordversuch im Gerichtsgefängnis

Im Gerichtsgefängnis suchte sich ein Gefangener in selbstmörderischer Absicht mit seinem Brotmesser den Kehlschnitt zu durchschneiden. Er wurde ins Krankenhaus übergeführt.

Nur Qualitätsware kaufen Sie sehr preiswert im **Schuhhaus Lewkowitz** Breslau, Schellingstr. 25

**Standleibhaus Grundmann** Breslau, Trebnitzer Str. 21  
Belebung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckwaren

**Oskar Baum** Breslau, Sternstrasse Nr. 77  
Ecke Hedwigstrasse  
Wäsche, Schürzen u. Kleider

Sie verdienen Sie täglich

10 Mark mit Schnitzmesser  
Nur persönl. kommen

**Reste** in Serge, Kiltel, Leinwand, Kermascheller, Rohbaar, Bars, Kadoffe, Kermasche, Kral, alles sehr billig prima Ware

Detail und Engros Berth. Lippert  
Breslau

Selbststr. 18  
Filleter. Oberstr. 17  
Weißberggasse 43

**Obst Gemüse Butter Käse**

nur von **Hondl** Gottesberg Niederstraße neben Drogerie Wapfard

Kurz-, Woll- und Wollwaren sowie sämtliche **Arbeitergarderoben** empfiehlt **A. Flegel** Gottesberg, Landesbunter Straße 25  
Teilzahlung gestattet!



